Nr. 423

5. Juni 1997



auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Agent provocateur

eine egale Tarnung

etwas Bewegung kann nicht schaden

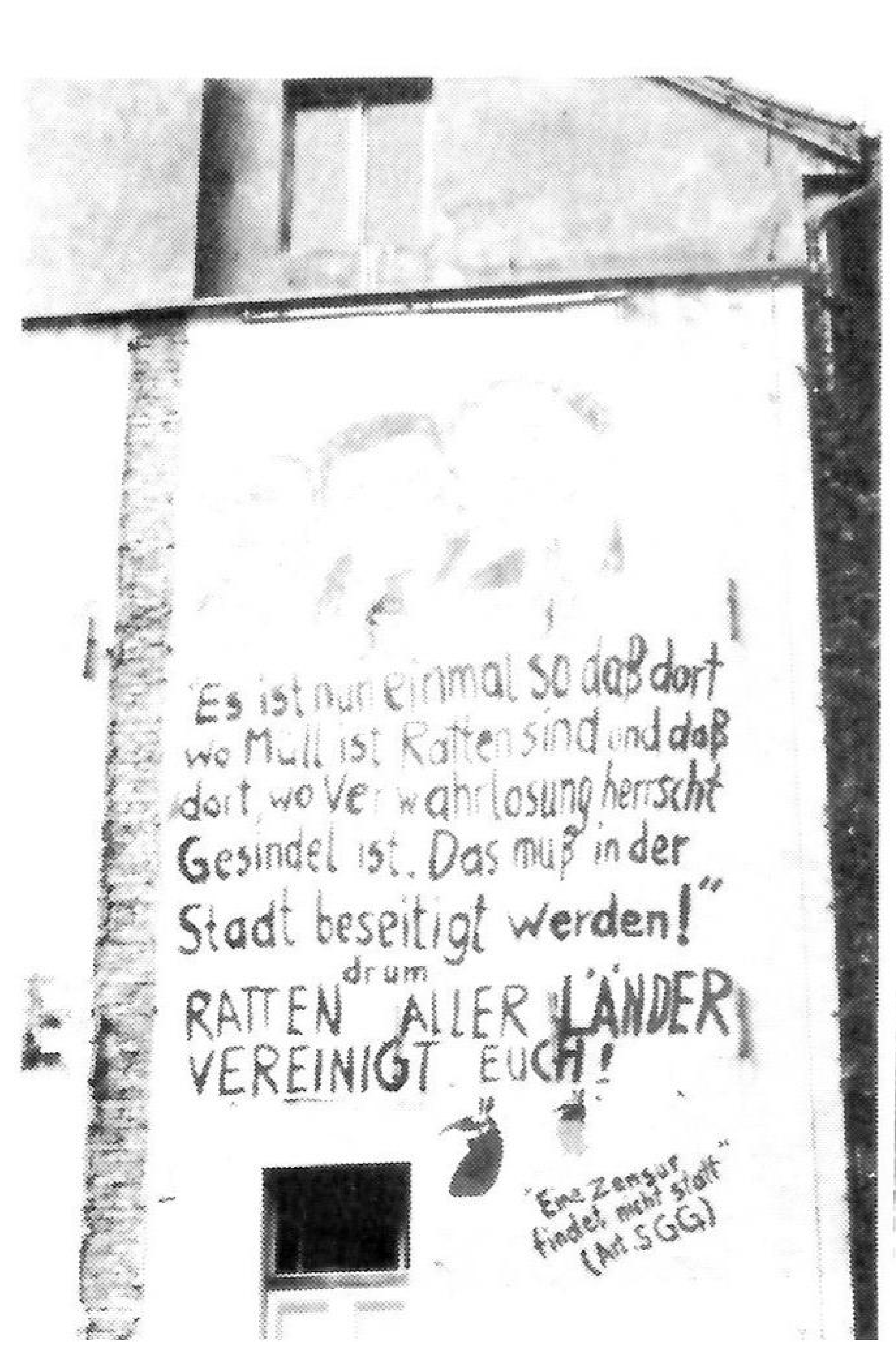
es rappelt ordentlich in den Kisten: nicht nur letztes Wochenende in der TU, zwischen altgewordenen Promis und AkteurInnen von vor 30 Jahren. Was bei der jungen Welt noch alles im Busche ist, interessiert viele schon nicht mehr, andere bereden es noch bis zum Abwinken. Und natürlich hatte der Geschäftsführer Koschmieder die Torte verdient, die ihm zum Abschluß einer unglaublichen Redeveranstaltung ins Gesicht plaziert wurde. Ob sie sich noch einkriegen werden und die RedakteurInnen ihren ersten Arbeitskampf durchstehen werden? Mindestens einige von uns wünschen es Ihnen.

Der Abschluß des Mehringhofmeetings (2.Juni Kongreß) war praktisch orientiert. Es kann nicht schaden, im Zusammenhang mit der Innenstadt-Aktions-Woche und der Häuser-Aktions-Woche den Häuptling der Zylinderkräfte etwas intensiver in die propagandistische Linie zu bekommen. In diesem Sinne ist er dann auch gleich unser Frontschwein geworden. Die Rückseite zeigt die zweite Malaktion in der Manteuffelstraße am 2.6.97

bis nächste Woche



Inhalt:



Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

im Ordner ist mehr zu Barbenhausen



KOMMT ZUR BONZENPARADE !

Gegen Sozialabbau und Vertreibung aus der Innenstadt!

Unter dem Motto "Eure Armut kotzt uns an" wird eine Jubelparade der Besserverdienenden der Bevölkerung satirisch zeigen, wie schön das Leben auf ihre Kosten sein kann und wie die Zukunft in dieser Stadt aussehen wird.
Diese Umverteilung von unten nach oben wird häufig als notwendige "Rettung des Standortes Deutschland" getarnt. Der ständige Abbau von Gesundheits- und Sozialversorgungssystemen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (sinkende Löhne, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, weniger Lohn im Krankheitsfall, usw.) führt zu einer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere von Frauen, Ausländern und Behinderten.
Entsprechend ändert sich auch der Charakter der Stadt. Die Stadt ist nicht mehr ein Zentrum des kulturellen und sozialen Lebens, sondern wird in ein Privatparadies für Reiche verwandelt. Öffentliche Plätze, Parks, Einkaufsstraßen, die heute noch für alle umsonst zugänglich sind, werden privatisiert oder polizeilich sauber gehalten von Menschen die das Stadtbild stören. Nichts und Niemand darf das Shoppingerlebnis der oberen Zehntausend stören. Angehörige bestimmter Nationalitäten werden pauschal zu Dealern erklärt. Menschen mit geringerem Einkommen werden durch hohe Mieten an den Stadtrand verdrängt, große Einkaufszentren verdrängen das Kleingewerbe.

Wir lassen uns nicht vertreiben, darum beteiligt euch an der Bonzenparade, **kommt verkleidet** als Bonze, Banker, Bettler oder Sklave. Laßt unsere Alpträume Wirklichkeit werden: Ersteigert günstig einen Sklaven bei einer Zeitarbeitsfirma, raubt den Armen das letzte Hemd, sorgt für Ordnung im U-Bahnhof und auf der Straße, laßt euch mit Champus. Kaviar und Austern stopfen..................
Die Bonzenparade ist eine Aktion von **f.e.l.s.** im Rahmen der bundesweiten **Innenstadt-Aktionswoche vom 2. bis 8. Juni des "Minus 96"-Bündnisses**

6.Juni ´97 **17:30 UHR**

Besarinplatz, Sozialamt

U-Bhf Petersburgerstr., (Ex-Rathaus Friedrichshain)
Route: Frankfurter Allee runter bis S-Bhf Frankfurter Allee
Noch ein Termin: 8. Juni, 14:30 Uhr, Grillen auf dem Boxhagener Platz für eine bessere und gegen das Grillverbot
Kontakt: f.e.l.s. c/o Stadtteilladen Zielona Gora. Grünberger Str. 73. 10245 Berlin. Tel: 292 2471

Fels

V.i.S.d.P.: J. Müller, Hohenzollerndamm 34, 10713 Berlin

BESETZTE HÄUSER UND WAGENBURGEN IN BERLIN

- BALD NUR NOCH ERINNERUNG?

WENN WIR JETZT NICHT AUFSTEHN, DANN SCHON!

Wie Ihr vielleicht schon gehört habt, besteht mal wieder akute Räumungsgefahr für die besetzten Häuser.
Der Winterschlaf ist jetzt vorbei und Innensenator Schönbohm schreitet erneut zur Eliminierung der letzten „rechtsfreien Räume" in Sauberstadt.
Fakts :
In den letzten Monaten sahen sich die BewohnerInnen der bedrohten Häuser vermehrt mit Forderungen von Seiten des Bezirks nach Baugutachten, Behebung Bautechnischer Mängel
und mehreren Baubegehungen konfrontiert.
Diesen Forderungen wurde nachgegangen, da so einer möglichen Räumung aufgrund Bautechnischer Mängel (wie z B. in der K9 ,Linie 158/159) entgegengewirkt werden sollte. So wurden in der Niederbarnimstraße 23 die geforderten Gutachten über Gas, Strom und Öfen erstellt und beim Bezirksamt Friedrichshain eingereicht. Die BewohnerInnen der Scharnweberstraße mußten bereits 3 Baubegehungen über sich ergehen lassen, wobei die Renovierungsarbeiten unter anderem durch 2 Brandanschläge erschwert wurden.
Diese Maßnahmen dienten hauptsächlich
-der Ablenkung und Ruhigstellung der BewohnerInnen
-der Auskundschaftung hausinterner Strukturen

Schönbohm wird genug andere fadenscheinige Gründe finden, um seine illegalen Räumungen durchzuführen!!!

Darum Leute aufgewacht, laßt uns die systematische Vernichtung unserer Lebensräume nicht einfach hinnehmen, organisiert euch in spontanen Kleingruppen zu radikalen und phantasievollen Aktionen.
Wir wollen nicht immer nur reagieren sondern hier und jetzt handeln!
~~Gestern Bethaniendamm~~, heute Niederbarnim 23, Scharni und Kinzig 25-27, morgen Köpi, Rigaer 80,83, Schillingbrücke...und was dann ???

...AND ANYWAY - WENN RÄUMUNG, DANN

DEMO: 18 UHR

(Treffpunkt: „Ohren aufsperren"!)

Bitte kopieren und weiterverbreiten!

V.i.S.d.P.: Hannibal Lexter, Frankfurter Allee, Berlin



VON KOB ZU KOTZ ZU BOK

oder die erschröckliche Wandlung in Nordschöneberg

Es geht durch die Szene ein Gerüchte
Hausbesetzer, hörst du es nicht?
Es sind die Stimmen der Altbesetzer
Hausbesetzer, hörst du sie nicht?
Es flüstert der linke Spießer; es flüstert der, der auf Ruhe bedacht;
Es flüstert der jetzt Etablierte mit gut bezahltem Job:
Mobilmachung gegen das KOB!!

Wenn ihr euch öfter in der Gerüchte-Küche aufhaltet, habt ihr es vielleicht schon gehört ... aber nun für alle, die es wissen wollen : was geht ab im KOB?!

Die Hausbewohner/innen der Potse 157/159, in welchem sich das KOB befindet, erzwingen eine Schließung des Ladens. Das KOB, früher Besetzerkneipe und heute von einem Kollektiv betrieben, paßt ihnen nicht mehr. Es ist zu laut, habe angeblich keine Kunden, es gäbe kein vernünftiges Konzept, die Gruppe, die es momentan betreibt, sei nicht fähig, eigenständig zu wirtschaften und nicht vertrauenswürdig - was auch immer das heißen mag!

Wir, etwa zwanzig Leute, die bereit sind, das KOB weiterzumachen, sehen das aber ganz anders! Wir haben ein Konzept verfaßt und es den Vermietern/innen vorgelegt, doch trotz fertigem Konzept, neuen Leuten und monatelangen endlosen Diskussionen antworteten die Vermieter/innen mit einer Hinhaltetaktik, die nun in einem Rausschmiß am 30. April endete. Zu allem Übel wurde uns auf Veranlassung der Vermieter/innen am 28.04. das Telefon abgestellt und das, obwohl ihnen bekannt war, daß die Telefonnummer in der Info-Kette vom 20.04.-08.05. als Anlaufstelle genannt wird! Die Vermieter/innen wollen in den folgenden Monaten entscheiden, wer den Laden übernehmen darf. Wann sie das genau entscheiden, können sie uns aber nicht verbindlich mitteilen.
Dieser „Nicht-Beschluß" nimmt uns allen die Möglichkeit, einen der letzten Freiräume in Schöneberg zu nutzen! Er zerstört unsere + euere Strukturen und paßt genau in die herrschende „Meister-Propper-Politik"! Auf diese Art schwingen Ex-Hausbesetzer den gleichen Knüppel wie General Schönbohm und das KOB wird tot gesagt, obwohl es lebt!

So etwas stinkt uns gewaltig! Wir wollen keine Kneipe, die Schüler/innen, Studenten/innen, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen und Migranten/innen nicht nutzen können, schon gar nicht in einem ehemals besetzten Haus und erst recht nicht in Schöneberg, wo es wirklich genug Lokale für Gutverdienende gibt!!
Wir wollen auch weiterhin das KOB für Konzerte, politische Veranstaltungen, verschiedensprachige Filmvorführungen, Vokü und vieles mehr nutzen.

- **WEG MIT ALLEN KAPUTT-BESITZERN!!**
- **FÜR DEN ERHALT LINKER STRUKTUREN!!**
- **NEUBESETZUNG DER POTSE 157/159 !!!!!!!!!**
- **DAS KOB IST TOT, LANG LEBE DAS KOB !!!**
- **KOB MUSS BOK WERDEN!! SOLIDARISIERT EUCH!!!!!!!!**

Niederbarnimstr.

"Es ist nun einmal so daß dort wo Müll ist Ratten sind und daß dort, wo Verwahrlosung herrscht Gesindel ist. Das muß in der Stadt beseitigt werden!"

drum

RATTEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

"Eine Zensur findet nicht statt" (Art. 5 GG)



Frohes Erwachen

Vermummte Sonderkommandos der Polizei haben am Mittwoch, den 21.05.97 das besetzte Haus in der Niederbarnimstraße 23 gestürmt. Um 7 Uhr früh brachen sie mit Äxten durch den Dachstuhl und die Fenster im 2. Stock des Hauses. Die BewohnerInnen wurden zum Teil mit Stockschlägen zu Boden geworfen und dort mit auf den Rücken verschränkten Armen eine halbe Stunde festgehalten.

Dann trafen behelmte Beamte in Kampfmontur ein, die das Haus ohne Angabe von Gründen räumten. Erst später erfuhren die BewohnerInnen, der „Eigentümer" hätte einen Räumungsantrag gestellt.

Prost Mahlzeit

Berlin gewinnt mit dieser beeindruckenden Verschwendung von Steuergeldern über 20 Obdachlose mehr. Dank Innensenator Schönbohm steigt ihre Zahl stetig. Auch das ist Aufschwung Ost. Das seit knapp 7 Jahren besetzte Haus besaß eine „Volxküche", die dreimal in der Woche Essen zu DM 2,50 oder auch umsonst herausgab. Mit dem Tag der Räumung sollte auch ein unkommerzielles Videokino in Betrieb gehen, die Plakate waren schon verteilt. Doch mit diesem linken Terror ist jetzt Schluß.

Wie effektiv geräumte Häuser hergerichtet werden können, läßt sich in der Kinzigstraße 9 VH oder in der Kreuzigerstraße 21 bewundern. Nach kurzer Zerstörung durch die Räumkommandos vor einem halben Jahr wurden Fenster und Türen mit Metallplatten veredelt. Seitdem stehen die Häuser leer. Ein Erfolg für Recht und Ordnung, denn endlich haben die EigentümerInnen ihr so dringend benötigtes Spekulationsobjekt wieder. Wo schließlich kämen wir hin, wenn Häuser nur zum Wohnen da wären?

Zur Vorgeschichte

Das in WBF-Verwaltung befindliche Haus Niederbarnimstraße 23 soll mit der Räumung wahrscheinlich potentiellen KäuferInnen schmackhaft gemacht werden. Nach allerdings unbestätigten Informationen der BewohnerInnen, die von der WBF immer im Unklaren gelassen wurden, ist der Rückübertragungsanspruch bald abgelaufen. Im mit Mietverträgen ausgestatteten Vorderhaus wurden seit Jahren leerstehende Wohnungen dem Verfall preisgegeben. Um einer sinnvollen Nutzung vorzubeugen, ließ die WBF die Holzfußböden und alle Leitungssysteme herausbrechen. Vor diesem Schicksal wurden Seitenflügel und Hinterhaus über 7 Jahre lang bewahrt.

Verhandlungen

Schon im Jahr 1992 stellte die WBF Räumungsantrag bei der Polizei. Der damalige Polizeipräsident wies die StaatsbeamtInnen zurecht, sie sollten die Polizei nicht mit Zivilgerichten verwechseln. So wurde denn auch bis heute kein ziviler Räumungsprozeß angestrengt. Den hätte die WBF bei geltender Rechtslage ziemlich sicher verloren (formelle Duldung, keine Aufforderung zu Mietzahlungen, mehrere über Jahre polizeilich gemeldete BewohnerInnen).

Trotz mehrerer Anfragen von Seiten der BewohnerInnen, die bei der WBF nur auf taube Ohren stießen, wird das Gerücht verbreitet, die BewohnerInnen seien nicht verhandlungsbereit gewesen. Im November 1996 hing dann ein schlampig verfaßter Zettel an der Haustür, der die BewohnerInnen zum Verlassen des Hauses aufforderte. In einem offenen Brief an die WBF wiesen diese die Forderung zurück und bekundeten nochmals Verhandlungsbereitschaft.

Bezirk und Senat

Als Antwort erfolgte eine Anzeige bei der Baupolizei, die „Gefahr für Leib und Leben" beschwor. Trotz erbrachter Gutachten über die Standsicherheit des Hauses und intakter Gasleitungen wurden weitere Gutachten gefordert. WBF und Senat suchten händeringend nach Räumungsgründen, weil sie zivilrechtlich chancenlos waren.

Das sind Methoden, wie wir sie von stadtbekannten SpekulantInnen kennen und wie sie auch von Bezirksbürgermeister Mendiburu gedeckt werden. Auch Innensenator Schönbohm braucht keine zivilen Räumungsprozesse mehr. Denn wer vorsätzlich Wohnraum instandbesetzt, hat in dieser Stadt nichts zu lachen.

WIR BLEIBEN ALLE

„Fairpreise" – Lug und Trug auf allen Schienen

Die BVG hat am 1. März mit drastischen Tariferhöhungen zugeschlagen – zum dritten mal seit Anfang 96. Nur einige "Leckerbissen: Die Sammelkarte fällt weg, Einzelfahrten kosten jetzt 3.6o statt 3,25. Deutlich teurer werden auch die Monatskarten für Schüler, Azubis und Pendler aus dem Umland. Und, und, und. Mit den jetzigen Tariferhöhungen haben sich für viele die Fahrkosten seit '94 fast verdoppelt!

Die BVG–Werbung nennt das „Fairpreise"– eine dreiste Lüge. Denn der BVG–Service läßt zu wünschen übrig. Und was ist fair daran, wenn die Fahrpreise klettern, Löhne, Renten, Bafög, Arbeitslosengeld usw. aber fallen? Nein, es geht der BVG nicht um Tarifgerechtigkeit sondern knallhart um Mehreinnahmen. Jährliche Fahrpreiserhöhungen von 7 % sind in ihren Unternehmensplänen regelmäßig fest eingerechnet. Doch auch das reicht jetzt nicht mehr. Denn der Senat hat im Sparhaushalt '97 48 Millionen an bereits zugesagten Landeszuschüssen für dieses Jahr gestrichen – und die sollen nun von den Fahrgästen wieder eingetrieben werden.

Berlin steckt in einer Finanzkrise. Immer brutaler wird gespart, natürlich bei den „Kleinen", bei den sozialen Leistungen. Oben wird weiter abgesahnt.

- **3,5 Milliarden werden den Banken dieses Jahr an Zinsen von der Stadt in den Rachen geworfen. Weitere Milliarden verballert der Senat für großkotzige Prestigeobjekte (allein für die Stadttunnel, Messeausbau, Rad– und Schwimmhalle 3,3 Mrd.).**
- **Jährlich 5 Millionen läßt es sich der Senat kosten, um hohe Senatsbeamte mit personengebundenen Dienstwagen durch die Gegend zu schaukeln – die sollten mal die "Öffentlichen" benutzen.**

Wer arm ist, darf zu Hause bleiben ...

Die unsoziale Verkehrspolitik trifft besonders Arbeitslose und Sozialhilfe–EmpfängerInnen. Vor 2 Jahren wurden die Arbeitslosentickets (54.–) abgeschafft. Die Sozialkarte, 1990 für 10.– eingeführt, kostet jetzt das Vierfache. Bei 531.– Monatseinkommen (Sozialhilfesatz für Haushaltsvorstand) für viele unerschwinglich. Bislang zahlte der Senat 30.– pro Karte an die BVG dazu. Jetzt sollen das die Bezirke übernehmen – aus ihren sowieso schon leeren Sozialhilfetöpfen. Dafür werden sie an anderer Stelle, etwa beim Bekleidungsgeld, kürzen müssen. Die Sozialhilfe–EmpfängerInnen sollen ihre „Sozialkarte" selbst finanzieren. **Also: Wer arm ist, darf zu Hause bleiben oder wird zum schwarzfahren gezwungen.**



Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen!

Null–Tarif, als erster Schritt Wiedereinführung der 10.– Sozialkarte für geringe Einkommen!

Schluß mit Sozialabbau und Berliner Sparhaushalt!

v.i.S.d.P.: F.-J. Bayer, Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung, c/o Refrat der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, tel. 2093-2614

Warum BVG–Nulltarif?

Der Berliner Senat beruft sich seit langem auf seine leeren Kassen, kürzt beständig die Zuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und will über erhöhte Preise und Rationalierungen bei der BVG dieses Geld hereinholen. Folge sind immer weniger Fahrgäste, die sich noch dazu mit schlechterem Service wie verlängerte Taktzeiten, überfüllten Zügen und Bussen und Unpünktlichkeit herumärgern müssen.

Folge ist auch wachsender Autoverkehr, der mit erheblichen Kosten weiter gefördert wird, z.B. mit dem Autotunnel durch den Tiergarten und dem Weiterbau des Stadtrings. Die BürgerInnen haben nicht nur die Kosten dafür, sondern auch die gesundheitlichen Folgen und die Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität durch Lärm, Abgase und Flächenverbrauch zu tragen.

Die BVG muß attraktiver werden

Eine Umsteuerung zugunsten des ÖPNV ist notwendig. Dazu muß dessen Angebot attraktiver werden:

- durch besseren Service
- durch drastisch niedrigere Tarife

Ein kompletter Verzicht auf Fahrpreise hätte neben dem großen Anreiz zum Umstieg auf die BVG auch den Vorteil, daß auf Fahrkartenverkauf und Kontrollen verzichtet werden kann. Die BVG könnte sich auf ein attraktives Angebot konzentrieren.

Bewegungsfreiheit für alle!

Mobilität ist für die BewohnerInnen einer Großstadt eine Notwendigkeit. Sie müssen zu ihrer Arbeitsstelle gelangen, kulturelle und Freizeitangebote oder FreundInnen befinden sich oft in größerer Entfernung von der eigenen Wohnung. Der Nulltarif sichert diese Mobilität allen BewohnerInnen, unabhängig von ihrem Einkommen. Und für diejenigen, die schon jetzt auf den ÖPNV angewiesen sind, verbessert sich durch die größeren Fahrgastzahlen das Angebot.

Und die Kosten?

Gesamtgesellschaftlich wird der Nulltarif billiger als die weitere Förderung des Autoverkehrs. Abgesehen von den Kosten des/der Einzelnen für das Autofahren sind das die gesundheitlichen Auswirkungen durch Lärm, Abgase und Unfälle. Die Umweltschäden und den großen Flächenverbrauch haben alle zu tragen.

So ist eine Finanzierung des Nulltarifs aus Steuermitteln eine durchaus lohnende Investition. Zusätzlich könnte allerdings auch zur Finanzierung des Nulltarifs eine Nahverkehrsabgabe von den VerursacherInnen des Verkehrs erhoben werden, also z.B. von Betrieben für ihre Angestellten und KundInnen, von Kaufhäusern und Großmärkten oder auch für Großveranstaltungen. Für den Autoverkehr waren solche Abgaben in Form der Stellplatzabgabe (für Parkplätze) lange Zeit eine Selbstverständlichkeit.

Durchsuchung und mehr im "LookAfrica"

Liebe PassantInnen!

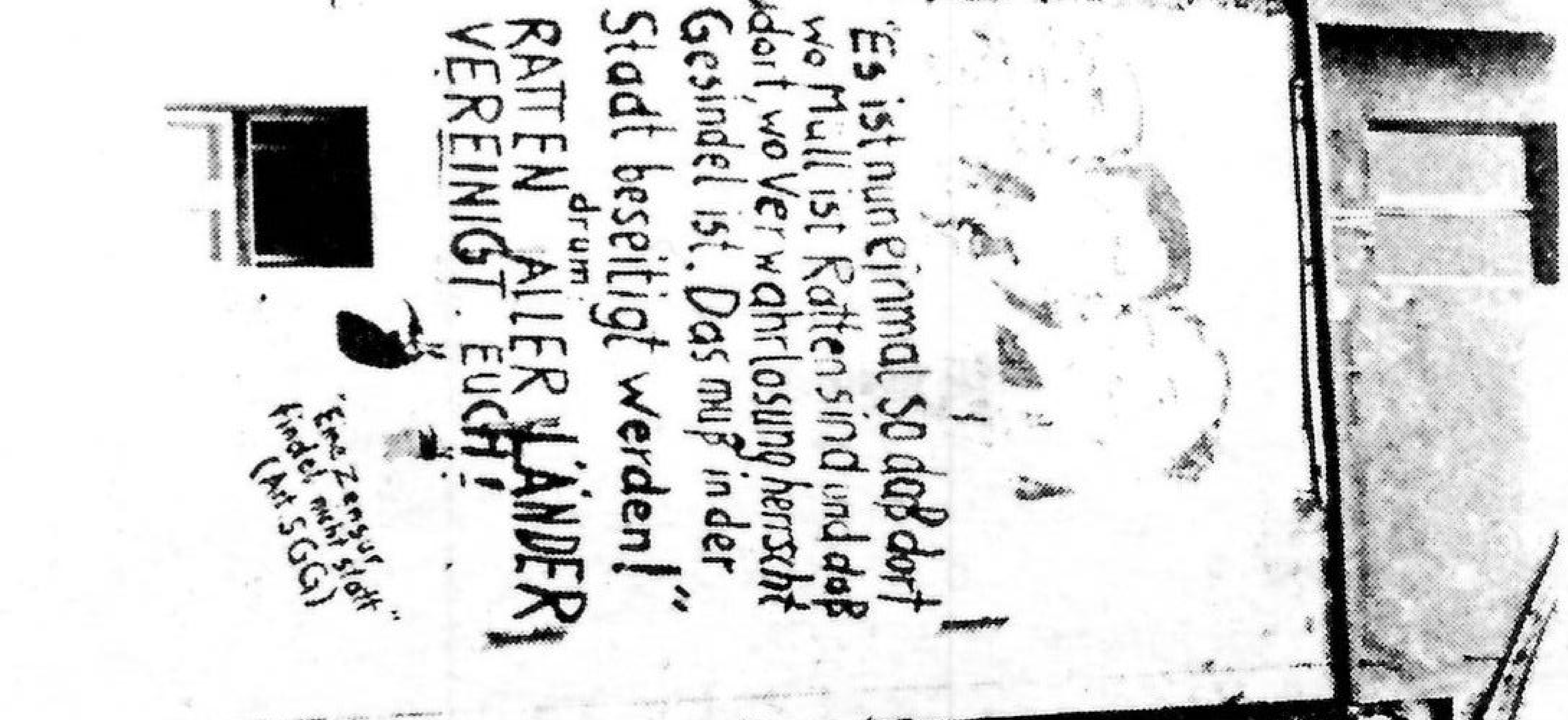
Heute ist für Sie wahrscheinlich ein ganz normaler Einkaufs-Sonnabend.
Stellen Sie sich vor, Sie würden vor Betreten ihres Einzelhandelsgeschäftes plötzlich nach ihrem Ausweis gefragt!
Sie finden diese Vorstellung absurd?
Nach dem Willen der Ausländerbehörde soll das für die KundInnen des Geschäftes "LookAfrica" Normalität werden.

Am Mittwoch, dem 14. Mai 1997 tauchten vier Polizeiwannen, zwei VW-Busse und drei polizeiliche Zivilautos vor dem Kreuzberger Laden in der Urbanstraße 50 auf. Der Bürgersteig vor dem Haus wurde mit einer Polizeikette abgesperrt und der Hauseingang überwacht. Eine Gruppe Beamter mit mindestens fünf Zivilpolizisten betrat das Geschäft und verwüstete es in kurzer Zeit.
Grundlage für diese polizeiliche Aktion war ein richterlicher Beschluß, der die Schließung des Geschäftes wegen "illegalem Gastronomiebetrieb" anordnete.
An mehreren Seitenstraßen im ganzen Kiez standen Polizeiwannen, die jeden schwarzen Passanten kontrollierten oder gar jagten.
Einige der Vorbeigehenden wurden regelrecht in den Laden hineingestoßen.
Die Polizeiaktion dauerte mehr als fünf Stunden, es gab 18 Verhaftungen.
Alle Inhaftierten mußten später wieder freigelassen werden (einige erst nach zwei Tagen aus dem Abschiebeknast Grünau).
Der Einsatzleiter begründete das unverhältnismäßig große Polizeiaufgebot damit, daß angeblich "Verdacht auf Verstoß gegen Bestimmungen des Ausländergesetzes" bestehe.

Dies ist wieder ein Beispiel für die bundesdeutsche Politik, deren Ziel es ist, den Menschen, die aus anderen Ländern hierhergekommen sind, das Leben so unerträglich wie nur möglich zu machen!
In diesem konkreten Fall soll verhindert werden, daß NigerianerInnen einen Platz haben, wo sie sich treffen können. Sie sollen auseinandergesprengt und isoliert werden!

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, was hier vorgefallen ist!
Sehen Sie nicht tatenlos zu!
Solidarisieren Sie sich mit ihren afrikanischen Nachbarn!
Schreiben Sie Protestbriefe an verantwortliche PolitikerInnen oder denken Sie sich andere Aktionen aus!

Keine Schließung des Ladens "LookAfrica"!
Kämpfen Sie mit uns für eine emanzipierte, nicht-rassistische Gesellschaft!!



Verhaftungen in Friedrichshain

Der Staat und das Gesetz

Bereits seit geraumer Zeit verbuchen die Verfassungsschutzbehörden einen relativen Anstieg rechtsradikal motivierter Straftaten, während die linksradikal motivierten Straftaten an Bedeutung verlieren. Die Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der polizeiliche Staatsschutz, widmen dessen ungeachtet ihr Augenmerk bei der Verfolgung gegen als linksradikal eingeschätzte Personen und nicht gegen Personen der rechtsradikalen Szene.

Demgemäß steht der polizeiliche Staatsschutz unter erheblichem Erfolgsdruck.

Unter diesem Erfolgsdruck und dem offensichtlichen Fehlen polizeilicher Fahndungserfolge haben die Strafverfolgungsbehörden bereits in jüngerer Zeit mehrere Personen mit Strafverfahren wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung in Form der Zeitschrift Radikal, Antifa/M und Kurdistan zu kriminalisieren versucht. Hier gab es eine erste Ohrfeige, als sich das Oberlandesgericht Koblenz geweigert hat, dort angeklagtes Delikt überhaupt unter Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung zuzulassen.

Unter diesem Gesichtspunkt mußten dringend Gewalttäter aus der linksradikalen Szene geschaffen werden, um den anhaltenden Verfolgungsdruck gegen die linksradikale Szene rechtfertigen zu können.

Hierfür mußten in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai 1997 zwei Männer und eine Frau aus Friedrichshain herhalten. Sie wurden von der Polizei festgenommen, weil sie der Polizei als Autonome aufgefallen sind und in derselben Nacht dort in der Nähe ein Brandanschlag auf einen Bagger sowie Steinwürfe in die dortige WBG-Filiale unternommen wurden. Eine der Personen soll in einem Rucksack Brandflaschen mit sich geführt haben.
Zwar brach der Tatverdacht gegen die drei wegen der Anschläge in sich zusammen wegen eines Alibis und abweichender Täterbeschreibung durch einen Tatzeugen, dennoch erging gegen alle drei allein wegen der angeblichen Brandflaschen Haftbefehl.

Als sich abzeichnete, daß dieser Haftbefehl bei der nach dem Gesetz spätestens am 21. Mai 1997 durchzuführenden Haftprüfung wegen der relativ geringen Bedeutung nicht weiter vollzogen werden, sondern die drei aus der Haft entlassen werden würden, verstießen die Strafverfolgungsbehörden gegen ihre eigenen Gesetze und verschleppten die Haftprüfung bis zum 28. Mai 1997, weil gegen eine der drei Personen zwei weitere Ermittlungsverfahren anhängig waren.

So fanden sie Gelegenheit, beide Verfahren zu verbinden , damit wenigstens Haftfortdauer gegen diese eine Person erreicht werden könnte.

So geschah es denn auch am 28. Mai 1997: Zwei Personen wurden entlassen, auch die mit den angeblichen Brandflaschen, während die dritte Person wegen nunmehr zwei Tatvorwürfen in Haft behalten wurde.

Das staatliche Kalkül ging auf: Ein staatlicher Gesetzesverstoß ermöglichte, einen vermeintlich Linksradikalen in Untersuchungshaft zu halten.

Solidarität mit Gunnar Krüger und allen anderen politischen Gefangenen!

Schreibt Gunnar Krüger massenhaft!
Buchnr. 2109/7-7, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

V.i.S.d.P.: Detlev Vogt, Berlin-Friedrichshain



Gegen den polizeistaatlichen Normalzustand!

Freiheit für die Gefangenen vom 1. Mai!

Einstellung aller Verfahren!

Demonstration am Fr. den 6. Juni um 17.30 Uhr U-Bhf Turmstraße (Hertie) zum Knast

Zivil gekleidete, vermummte und bewaffnete Polizisten, die gezielt Auseinandersetzungen provozieren, um Leute zusammenschlagen und festnehmen zu können, Polizeieinheiten, die ganze Stadtteile zum feindlichen Gebiet erklären und willkürlich gegen die dortige Bevölkerung vorgehen - Szenen, allgegenwärtig in Militärdiktaturen oder faschistischen Staaten, geschehen am 1. Mai in Berlin.
Der Senat und sein General Schönbohm versuchen, das traditionelle Eintreten für politische und soziale Rechte an diesem Tag in einem Polizeistaatsmanöver zu ertränken.
Schon während der IG- Metall-Demonstration wurden nichtdeutsch aussehende KollegInnen von der Polizei schikaniert, kurdische Menschen, die an dieser Gewerkschaftsdemonstration teilnahmen, von Greiftrupps der Polizei überfallen. Die eigenständigen linken 1. Mai-Demonstrationen unterlagen als wandernde Polizeikessel permanenten Prügelattacken und Festnahmen, was einem indirekten Demonstrationsverbot gleichkam. Der revolutionäre 1. Mai sollte in einem Bürgerkriegsmanöver zerschlagen werden, für das mehrere tausend Polizisten aus verschiedenen Bundesländern aufgeboten wurden. Während vermummte Zivilpolizisten in Abstimmung mit uniformierten Einsatzkräften provozierten, wurden massenhaft DemonstrantInnen wegen des Tragens von Kapuzen als „Vermummte" festgenommen.

Vermummte und mit Tonfas bewaffnete Zivilpolizisten

Nachdem am Abend das Humannplatzfest in Prenzlauer Berg gestürmt wurde, erreichte der Polizeiterror seinen Höhepunkt in der Nacht in Kreuzberg. Nachdem die Polizei noch während ihrer Lautsprecherdurchsage zur Räumung des Mariannenplatzes auch das dortige Straßenfest gestürmt und gegen alle, die nicht schnell genug wegkamen, brutal vorgegangen war, entfesselte sie einen Krieg gegen die Bevölkerung. Alle, die sich auf den Straßen bewegten oder vor Kneipen saßen, wurden als potentielle Steinewerfer gesehen. Wahllos wurden Menschen gejagt, zusammengeschlagen, festgenommen. Polizeifunkmitschnitte und Filmaufnahmen beweisen, daß die Polizei gezielt Auseinandersetzungen provoziert hat, um im Zusammenhang mit militanten Aktionen Festnahmen durchführen zu können.
Insgesamt wurden am 1. Mai ca. 350 Menschen festgenommen, die meisten am Abend in Kreuzberg. Hier wurde von Schönbohm der Polizeistaat gegen den Berliner Stadtteil durchgesetzt, in dem Arbeitslosigkeit und Armut am größten und der Bevölkerungsanteil von MigrantInnen am höchsten ist. Saubermann General Schönbohm führt aus, was der Hetzer Landowski forderte, der viele der dort lebenden Menschen mit Ratten und Müll verglich, wogegen vorgegangen werden müsse.
Besonders der revolutionäre 1. Mai war und ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Hunderttausende leben in Berlin am Rande oder unter dem Existenzminimum. Während ihre Lage immer verzweifelter wird, soll Berlin sturmreif geschossen werden, für die Invasion der ReGIERung, der Bonzen und Reichen. Ein Gesetz nach dem anderen wird von der Herrschenden durchgepaukt, um Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Krankengeld und Rentenzahlungen weiter zu beschneiden. Die Rassistische Hetze wird immer unverblümter und intensiver.
Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien werden abgeschoben, bei Razzien auf Baustellen und in Gaststätten werden nichtdeutsche ArbeiterInnen in Handschellen abgeführt. Erst kürzlich wurde ein Gesetz verabschiedet, daß Nichtdeutsche, die wegen Landfriedensbruch verurteilt wurden abgeschoben werden können, auch wenn sie in ihren Herkunftsländern von Folter und Ermordung bedroht sind.
Etliche am 1. Mai Festgenommene haben Prozesse zu erwarten. Mit konstruierten Anschuldigungen wie Landfriedensbruch, Widerstand... gegen Menschen, die teilweise willkürlich aus Kneipen herausgezogen wurden, soll dem Polizeiterror jetzt Legitimität verliehen werden. Hier ist es notwendig Öffentlichkeit über die Vorfälle zu schaffen und die Solidarität mit den Betroffenen zu organisieren.
Noch immer sitzt ein Gefangener des 1. Mai im Knast!
Er wurde nach einem massiven Angriff der Polizei auf die Oranienplatz-Demonsration festgenommen. Die Begründung für diesen Angriff: verunglimpfende Musik aus dem Lautsprecherwagen. Bei seiner Festnahme soll er Widerstand geleistet haben und mittels eines „schweren Turnschuh" gefährliche Körperverletzung en den behelmten und mit Schützern gepanzerten Polizeibeamten begangen haben.
Darüber hinaus sitzt noch eine Person in Knast, die am 4. Mai in Friedrichshain wegen angeblicher Brandstiftung Verhaftet wurde.

Wir rufen Betroffene und Augenzeugen auf, sich Mittwochs zwischen 16 und 20 Uhr im Nachladen in der Kreuzberger Waldemarstraße 36 zu melden. Wir benötigen dringend Augenzeugenberichte, Fotos e.t.c.... von den Vorfällen am 1. Mai.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V. Konto Nr. 7189590600
BLZ 10020000 Berliner Bank Stichwort 1. Mai1

Gemeinsames Antirepressionsbündnis 1. Mai

zur Auseinandersetzung in der "jungen Welt"

An die linke Öffentlichkeit

und im Speziellen die LeserInnen

der jungen Welt

(Über den Abo- und Vertriebsverteiler

der Zeitschrift ARRANCA!)

Zu den Ereignissen in der jungen Welt

Liebe Leute,

Vor über einer Woche ist der Konflikt in der linken Tageszeitung »junge Welt« eskaliert. Die Mehrheit der Redaktion hat sich mit dem beurlaubten Chefredakteur Klaus Behnken solidarisiert und hält die Redaktionsräume besetzt. Der Geschäftsführer Dietmar Koschmieder produziert hingegen mit einer Restbelegschaft eine Notausgabe der jW.

Wir waren in den letzten Tagen viel in der jungen Welt, haben den Konflikt unmittelbar miterlebt und mußten auf der Veranstaltung vom 26.5. in Berlin (Tacheles) feststellen, daß sehr viele Linke und jW-LeserInnen die Auseinandersetzung für den Kampf zweier Fraktionen halten, denen gegenüber man gleichermaßen kritisch gegenüberzustehen hat. Eine derart »unparteiische Positionl!halten wir für falsch.

Wir wollen Folgendes klarstellen:

erstens

Bei dem Konflikt geht es u.a. um die politische Orientierung der jW. Koschmieder beklagte schon in den Monaten zuvor, die Übergewichtung von sogenannten »Minderheitenthemen« und -diskursen: Antifa, Schwulenbewegung, antideutsche Linie etc. Wir sind an einer pluralistischen jW als einem Medium der Linken in der BRD interessiert. Daß es darin ständig Diskussionen um die politische Linie gibt, finden wir normal und für die Zeitung bereichernd. Es geht uns nicht darum, seine Meinung, Ostthemen seien in der jW unterbewertet, von vornherein abzulehnen. Das Problem besteht für uns vielmehr darin, daß diese Debatte von RedakteurInnen, Belegschaft und LeserInnen geführt und entschieden werden muß, und nicht durch eine Geschäftsführung autoritär diktiert werden darf.

Desweiteren sind wir der festen Überzeugung, daß eine jW, die sich nicht eindeutig antirassistisch (das heißt auch bevölkerungskritisch) positioniert, überflüssig ist.

Insgesamt sollte man bei der politischen Einschätzung des Konflikts berücksichtigen, daß bei der Redaktionsmehrheit fast alle inhaltlichen Positionen vertreten sind, während dagegen in Koschmieders Restredaktion zumindest im Augenblick nur VertreterInnen einer »parteikommunistischen« bzw. DDR-nostalgischen Richtung vertreten sind. Aus diesem Grund scheint uns das Anliegen einer linken, aber pluralistischen jW bei der Redaktionsmehrheit weitaus besser aufgehoben zu sein.

zweitens

Der Konflikt in der jW ist in gewisser Hinsicht aber auch ein Arbeitskampf. Dietmar Koschmieder ist juristisch gesehen Alleineigentümer der Zeitung. Dies ist besonders absurd, wenn man weiß, daßbeim Neuanfang der jW 1995 von vielen Menschen Geld zur Verfügung gestellt wurde. Während jedoch Koschmieders Beitrag als Stammkapital beim Amtsgericht Charlottenburg eingetragen wurde, verwandte man das Geld anderer zur Deckung laufender Unkosten. De facto ist die jW damit Privatbesitz, die geplante Umwandlung in eine Genossenschaft ist nie erfolgt; eine schlimme Unterlassung, die sich jetzt rächt.

Der Eigentümer Koschmieder beansprucht das Recht für sich, eine Neuorientierung der Zeitung allein durchsetzen zu können. Die Schlichtungsgespräche ließ er einseitig platzen, an einer gemeinsamen Diskussion der Redaktion/ Belegschaft hat er anscheinend kein Interesse.

Wir halten schon aus diesem Grund eine »unparteiische Position« für unhaltbar. Koschmieders (fast-) Alleingang, den er sich auf einer Rumpfversammlung gegen die Überwältigende Mehrheit der Redaktion (18 von 21) bestätigen ließ, ist weder für die Beteiligten noch für uns als LeserInnen hinnehmbar.

In diesem Sinne solidarisieren wir uns mit der Redaktionsmehrheit, die die Räume der Zeitung im Augenblick besetzt hält.

drittens.

Die Auseinandersetzung hat natürlich längst auch eine persönliche Dimension angenommen, zu der wir nichts sagen können.

Die autoritäre Durchsetzung von Koschmieders Konzept bedeutet das endgültige Aus für die jW. Wir wissen trotz aller Kritik, die wir immer wieder an der jW hatten, um die immense Bedeutung dieser Tageszeitung. Wir wollen, daß die jW weiterbesteht und fordern deswegen die Geschäftsführung auf, die Absetzung von Chefredakteur Behnken rückgängig zu machen, die jW in Genossenschaftsbesitz mit gesicherten Arbeitsverhältnissen zu überführen und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Redaktionsmehrheit zu suchen.

Damit diese letzte Chance wahrgenommen wird, ist es notwendig, daß sich möglichst viele LeserInnen der jW einmischen. Schreibt Protestbriefe, droht mit Abbestellungen, verhaltet Euch solidarisch mit einer radikalen und pluralistischen jW. Tut nicht so, als ob Euch dieser Konflikt nichts angeht. Es geht um das einzige größere Medium der Linken hier.

Die ARRANCA!-Redaktion

Jungle Word

Telefon: 0172-3101738
Fax: 030-7067 399

Spendenkonto:
Bernd Verter
Kto: 1543 4254 76
Bln.Sparkasse
BLZ 100 500 00

ARRANCA!, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Jungle World Veranstaltung 26.5. 1997 Tacheles

Nach zwei halb erklärenden, halb Jammer Vorträgen zu den Vorgängen um die Zeitung von Frau Koschmieders Mann wurde es im Publikum laut. Die Wut über die Ruinierung der Zeitung richtet sich gegen beide Redaktionsteile. Das Theater ist ja nicht neu. Wenn ein Geschäftsführer gleichzeitig Haupteigentümer wird und die Redaktion sich nicht mal ihre eigenen (gewerkschaftlichen) Rechte erkämpft (hat), dann haben sie schlichtweg gepennt. Läuft heute ja alles nur noch juristisch abgesichert, wenn's ums Geld geht.

Und dann diese Vorwerferei. Einem auf dem Podium hätte ich die Aktion auch zugetraut, wenn es sein Geld und er die Macht gehabt hätte. Also bitteschön, bloß nicht an Personen festmachen, was gelaufen ist. Auch mich erinnert es an etwas: Radio 100. Seitdem ist kein Radio mehr hörbar, und bei der TAZ ist es auch ähnlich gelaufen. Was tun ?

Ich glaube, mit diesen ganzen Erfahrungen sollten wir die Zeitung ihren (sozialistischen) Weg gehen lassen und endlich mal einen Fernsehsender machen. Da gibt es dann endlich mal was zu sehen. -W.-

hallo Fachleute von der Arranca, aus der Erfahrung mit eurem wohlgestaltetem Blättchen müßtet ihr doch wissen, das schwarze Schrift auf rotem Hinter-grund so rein drucktechnisch ziemlich ungeeignet ist. Deshalb hat bei eurem Beitrag zur jw die Lesbarkeit etwas gelitten

Für eine pluralistische linke junge Welt - Unterstützt die streikenden RedakteurInnen!

Ihr werdet es hoffentlich alle gemerkt haben, vor über einer Woche ist der Konflikt in der Tageszeitung junge Welt voll eskaliert. Geschäftsführer Dietmar Koschmieder wollte den Chefredakteur Klaus Behnken absetzen. 18 von 21 RedakteurInnen solidarisierten sich jedoch gegen den autoritären Alleingang Koschmieders mit Behnken und besetzten die Redaktionsräume. Seitdem erscheint nur noch eine Notausgabe der jW.

Der Konflikt hat zwischen beiden Fraktionen in der jW hat mehrere Ebenen, neben der persönlichen, noch zumindest diese beiden:

- die politische Differenz besteht darin, daß Koschmieder ein stärker am "Osten" orientiertes Blatt machen möchte. Er will eine Zeitung, die für sogenannte "Minderheitenthemen" weniger Platz als bisher bietet, kritisiert wurde zum Beispiel die Beilage "100 Jahre Schwulenbewegung". Auch die Antifa-Seite sollte nach dem Willen derjenigen RedakteurInnen, die sich nun um Koschmieder versammelt haben, abgeschafft werden.

Die letzten Tage haben gezeigt, daß Koschmieders Konzept einer Zeitung vor allem DDR-nostalgische und parteikommunistische Positionen aufwertet. Dies und die Tatsache, daß sich - bis auf drei - sämtliche TextredakteurInnen gegen Koschmieder gestellt haben, ist für uns ein Beleg dafür, daß das Anliegen einer pluralistischen jungen Welt bei den RedaktionsbesetzerInnen besser aufgehoben zu sein scheint. Wer die jW auch weiterhin als linkes Diskussionsforum will, muß sich gegen die Geschäftsführung um Koschmieder stellen.

- der Konflikt ist aber auch ein Arbeitskampf. Mehrere Leute haben nach dem Wiederanfang der jW 1995 Kapital eingezahlt, um die Zeitung zu retten, aber nur Koschmieders Anteil wurde als Kapital beim Amtsgericht eingetragen. Die anderen Gelder wurden zur Deckung laufender Unkosten verwendet. Außerdem waren es die RedakteurInnen, die mit extremer Selbstausbeutung und weitgehend ohne soziale Absicherung das Projekt jW zwei Jahre lang sicherten.
Juristisch gesehen ist Koschmieder jetzt Alleineigentümer der Zeitung, der autoritär gegen seine eigene Belegschaft vorgeht. Er eignet sich damit in bester Kapitalistenmanier das gemeinsam aufgebaute Projekt jw einfach an. Auch deshalb solidarisieren wir uns mit den besetzenden RedakteurInnen der Zeitung

Es gibt also genugend Grunde sich einzumiscnen. Was aber passiert?
Die meisten LeserInnen verhalten sich abwartend oder sogar gleichgültig.
Wir können das nicht verstehen!

Die jW ist durch den Alleingang Koschmieders akut gefährdet. Es ist absehbar, daß sie jetzt endgültig den Bach runtergehen wird oder aber als Parteimagazin an irgendeinen Tropf kommt.

Viele von uns haben der jW gegenüber immer wieder Kritik geäußert. Das war normal, die jW war eine pluralistisch-radikale Tageszeitung, in der sehr unterschiedliche Positionen vorkamen. Genau deswegen war und ist sie für uns wichtig: sie ist das einzige linke Diskussionsforum, die einzige antirassistische Tageszeitung, das einzige Blatt, das sich vorrangig auf außerparlamentarische Bewegungen bezieht und die PDS von links kritisiert.

Als *Radio 100* in Berlin vor einigen Jahren unterging, weil damals ebenfalls der Geschäftsführer putschte, haben danach alle gemerkt, wie wichtig das Radio für eine außerparlamentarische Linke war. Leider zu spät. Bei der jw wird uns das gleiche passieren. Wir werden ihre Bedeutung erkennen, wenn es sie nicht mehr gibt. Noch aber ist Zeit, das zu verhindern. Üben wir Druck auf Koschmieder aus. Unterstützen wir das bisherige Projekt einer pluralistischen linken iw!

Unterstützungsgruppe jW:
IG Medienjugend Berlin-Brandenburg
LeserInnen der jW
linke Zeitschrift Arranca!
bla (das ultimative Magazin)

Liebe Leute!

Am Mittwoch, den 4 Juni, erscheint die erste 48 Seiten dicke *jungle World Nr.5*. herausgegeben von der Mehrheit der Redakteurinnen und Redakteure der Tageszeitung *junge Welt*
Die *jungle World Nr.5* wird zeigen, wie eine spannende linke, undogmatische, radikale Zeitung aussehen kann. Außerdem wird in einem zwolfseitigen Dossier der Konflikt um die *junge Welt* behandelt.

Ab Mittwoch wird die jungle World Nr 5 in Berlin für drei Mark zu kaufen sein. Bundesweit ab Donnerstag in linken Buchläden, ausgewählten Kiosken und Bahnhofsbuchhandlungen

Bestellungen der *jungle World Nr.5* ab sofort an:
Klaus Behnken, Tempelhofer Ufer 32, 10963 Berlin
Nur gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck oder bar)
10 Exemplare 25 Mark, 50 Exemplare 100 Mark

Ab Mittwoch wird die *jungle World Nr.5* auch im **Internet** zu lesen sein
http://www.well.com/user/boris/jungleworld
Dort sind auch jetzt schon Informationen über den Konflikt um die *junge Welt* abrufbar

Am Dienstag, den 3. Juni findet eine **jungle World Release Party** statt
21 Uhr, Kato im U-Bahnhof Schlesisches Tor, Berlin
Dort ist auch die erste Gelegenheit, die *jungle World Nr.5* zu kaufen.

Am Sonnabend, den 31. Mai, findet in Berlin im Rahmen des Benno-Ohnesorg-Kongresses eine **Veranstaltung** zur *jungen Welt* statt. 14 bis 17 Uhr, TU, Raum erfragen. Auf dem Podium Geschäftsführer Dietmar Koschmieder und als Vertreter der Redaktionsmehrheit Jurgen Elsasser

Spenden für die jungle World weiterhin an:
Martin Krauß, Kto 154 342 547 6, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00

Die jungle World ist auch über **e-mail** erreichbar: jungle.world@icf.de

Gebt diese Informationen weiter! Bestellt!
Eure *jungle World* Redaktion

Zum Kampf zweier Linien in der Tageszeitung *junge Welt*

Seit einigen Tagen ist der Kampf zweier Linien in der Tageszeitung junge Welt offen ausgebrochen. Eine Linie wird durch die Redaktionsmehrheit repräsentiert, die laut Eigenaussage das Konzept einer linkspluralistischen Tageszeitung vertritt. Auf der anderen Seite will die Geschäftsführung mit 3 RedakteurInnen aus der Zeitung ein Organ machen, daß irgendwo zwischen DKP und KPF (Kommunistische Plattform der PDS) angesiedelt sein würde.

Welche Positionen nehmen RevolutionärInnen in dieser Auseinandersetzung ein?

Wir haben kein Interesse daran, daß sich in der jW jene Kräfte durchsetzen, die sich um die Journalisten Holger Becker und Werner Pirker gruppieren, denn dann ist bestimmt kein Platz mehr für radikale Positionen in der jungen Welt.
Wir erwarten, daß sich die Redaktionsmehrheit auf das besinnt, was Stefan Ripplinger in der TAZ am 22.05.97 so ausgedrückt hat: „.... so sehr weiß ich nun, von was sich die Linke ein für allemal trennen muß : Von einer Volkstümlichkeit, die vor faschistischen, antisemitischen, sexistischen Invektiven nicht zurückschrickt."
Wir würden mit mehr Engagement die Redaktionsmehrheit unterstützen, wenn in der Vergangenheit diese Grundsätze dort immer beherzigt worden wären. Wir wissen aber, daß das längst nicht immer der Fall war. So hatten viele Feministinnen das Interesse an der jW verloren, nachdem sie die Erfahrung machen mußten, daß der Begriff Patriarchat in der Zeitung meist ein Fremdwort geblieben ist.

Noch eine Chance für eine radikale *junge Welt* ?

Wir hoffen, daß der Angriff der reaktionärsten Kräfte aus dem bisherigen jW-Spektrum von der Redaktionsmehrheit als Chance genutzt wird, aus der Zeitung ein Diskussionsforum für KommunistInnen, Feministinnen, AntiimperialistInnen, R(r)adikalen Linken mit großen und kleinen 'r' zu machen. Eine solche Zeitung werden wir aktiv unterstützen.
Die Voraussetzung dazu ist, daß es bei den anstehenden Verhandlungen keinen faulen Kompromiß zwischen Geschäftsleitung und Redaktionsmehrheit gibt. Pirker und Becker dürfen in der jW keine Publikationsmöglichkeiten erhalten.
Für eine radikale, linke junge Welt!
Kein Forum für Sexismus, Rassismus und Antisemitismus in linken Medien!

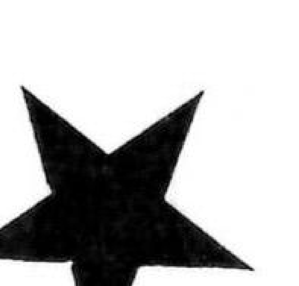
Menschen aus linksradikalen Zusammenhängen

Zum Umgang mit der Vergewaltigung im Wendland - zweite Einladung zur weitergehenden Auseinandersetzung

Am 27. Mai trafen sich auf unsere Einladung hin ungefähr 25 Menschen aus verschiedensten Zusammenhängen, um über die Vergewaltigung und vor allen das kollektive Nichtverhalten der Szene zu sprechen. Von uns aus schilderten wir unsere subjektiven Erfahrungen bezüglich unseres eigenen Nichtverhaltens sowie unseren Eindruck, warum es ein weitgehendes Nichtverhalten zu der Vergewaltigung gab und gibt, was das mit der „Unterordnung" des Geschlechterverhältnisses und sexueller Gewalt gegen Frauen zu tun hat und für unser Verständnis von Kollektivität und Widerstand bedeutet.
Danach trat nicht, wie befürchtet, das eventuelle Anschweigen ein, sondern relativ viele der Anwesenden äußerten ihre Eindrücke und ein Gespräch entwickelte sich. Geteilt wurde die Einschätzung, daß „unser" Verhalten im Zentrum einer Auseinandersetzung stehen sollte und wir nicht Lob und Kritik an andere Strukturen verteilen wollten. Das Gespräch lief an mehreren Linien entlang: zum einen um den Versuch, das Nichtverhalten zu beschreiben und zu erklären, um daraus etwas lernen zu können, zum anderen gab es Vorschläge, wie das Thema Geschlechterverhältnis und Gewalt gegen Frauen zukünftig wesentlicher Bestandteil unserer gemeinsamen Aktionen werden kann. Wir sind dabei auch auf den Einwand gestoßen, daß eine gemischtgeschlechtliche Diskussion nicht von einem pauschalen „wir" ausgehen kann, sondern daß es einen unterschiedlichen Zugang von Frauen und Männern gibt. Die Bereitschaft von Männern, sich mit patriarchaler Gewalt auseinanderzusetzen, ist nachwievor sehr gering, und der reduzierte Kampf gegen den Castor/das System verdängt die Ansätze zum Geschlechterverhältnis aus den Köpfen.
Dem Interesse und der Bereitschaft, dieses Gespräch fortzusetzen und gemeinsame Überlegungen zu konkretisieren, wie wir es schaffen könnten, den Umgang mit Gewalt gegen Frauen und die Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis in unserer Praxis zu verankern (z.B. durch speziell zum Geschlechterverhältnis organisierte Workshops in den Camps während der Castor-Tage), soll mit einem zweiten Treffen am **Dienstag, 10. Juni um 20 Uhr im Kato** (im U-Bhf. Schlesisches Tor) nachgekommen werden.



- Inhaltsverzeichnis -



Bestelladresse:

Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen (HGAS)
AG Internationalismus
Carl v. Ossietzky Universitat
Uhlhornsweg 49-55
26 111 Oldenburg

Tel.: 0441-798-2673

Preis: 4,- dm + Porto
(das Geld geht komplett an die MRTA)

64 Seiten, zweifarbig



SCHWARZE RISSE
Buchladen - und Verlags GmbH
Gneisenaustr. 2a · 10961 Berlin

Veranstaltungshinweis:

Die für den **6.6.97** im Buchladen Schwarze Risse angekündigte Lesung und Diskussion zum Thema

"Graue Wölfe heulen wieder" mit Fikret Aslan

findet nicht statt. Sie ist auf den Herbst verschoben worden, da das gleichnamige Buch noch nicht erschienen ist.



Von der Auftaktkundgebung ereichte uns ein Bericht von "etwas Bewegung kann nicht schaden" im Mehringhof, außerdem haben wir ein Arbeitspapier aus einer der Workshops noch mit dazu genommen:

Die Band und das Lorenzlied sind in die Tage gekommen. Ich bekam kurz ´nen unangenehmen Anflug von Nostalgie und Beweihräucherung einer mal gut gelaufenen Aktion, auf die sich jetzt alles im Rückblick bezieht. Das verging dann aber schnell in der erfrischend unkomplizierten Einleitung des Wochenendes durch die Vorbereitungsgruppe.
Das Publikum war generationsübergreifend gemischt - um die 20 bis um die 50, einzelne auch deutlich älter.
Das erste Referat (BRD-Entwicklung von 1945 bis 1968) war gar nicht so trocken wie befürchtet und eigentlich auch thematisch wichtig. So waren die Rahmenbedingungen von Gründung der BRD, Westintegration in Wirtschafts- und Militärbündnisse, fehlende personelle und gedankliche Faschismusaufarbeitung bis hin zum allgemeinen Lebensgefühl der Zeit abgesteckt.
Ralf R. und Brigitte A. haben diesen Rahmen aus ihrer Sicht, mit ihren Erfahrungen über proletarisch-kulturelle Auseinandersetzungen (Lehrlingsalltag, Musik, Klamotten, Haare, Rauchen, Knast, Politisierung ....) und Studentenbewegung erweitert. Damit am Stück nicht zuviel gequatscht wurde, war das ganze durchbrochen von Videoeinschnitten über den 68er Zeitgeist. Unterhaltsam und informativ. Das Publikum hat´s mit Begeisterung und Konzentration (bis 21.30 ging´s) gedankt

ein druide

Arbeitspapier zum Workshop *Verhältnis von linker Bewegung und Stadtguerilla am Beispiel der Bewegung 2. Juni*

Positionen der Bewegung 2. Juni bzw. von Ex-Guerilleros/as zum Verhältnis von Bevölkerung, linker/linksradikaler Bewegung und ihrer Stadtguerillagruppe:

Das Verhältnis der Bewegung 2. Juni zur Bevölkerung:

Anspruch:

- „(...) die Hauptaufgabe (ist) nicht der Aufbau einer Partei, sondern die Auslösung der revolutionären Aktion, die Schaffung einer Organisation der bewaffneten, revolutionären Gegengewalt des Volkes gegen die organisierte Gewalt des Staatsapparates" (in: Bewegung 2. Juni - Programm);

- „(...) Wir gehen davon aus, daß jede Gruppe durch das Schaffen eines reichen theoretischen Fundamentes in der Lage ist, nur solche Aktionen auszulösen, die geeignet sind dem Volk zu dienen" (ebd.);

- „(...) Natürlich werden wir niemanden von der Notwendigkeit revolutionärer Politik überzeugen, wenn sich diese Politik gegen ihn selbst richtet. (...) Wir haben alle und immer gesagt, die Aktion und Politik der Guerilla richtet sich niemals gegen das Volk, immer gegen die Herrschenden" (in: Tunix-Papier);

Reflexion/Selbstkritik:

- „Was ist das für eine Guerilla, deren Aufgabe es nie sein soll, 'sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen?' Für was und vor allem: mit wem will diese Guerilla dann kämpfen? (...) Na klar sollten die Aktionen der Bewegung 2. Juni populistisch sein - im wahrsten Sinne des Wortes: volkstümlich. (...) Es ist keineswegs besonders revolutionär, auf die Sympathien des Volkes zu scheißen" (in: Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2 Juni);

- „Sich nicht um seine Basis zu kümmern, die Verbindung zum alltäglichen Kampf des Volkes verlieren, die politischen und konkreten nationalen/regionalen Bedingungen des Kampfes falsch analysieren - das sind die Kardinalfehler!" (in: Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni);

- „Eine Bevölkerung, die einem Hitler (...) zugejubelt hatte, die ungerührt der millionenfachen Verschleppung und Ermordung ihrer jüdischen Mitbürger zugesehen (hatte) (...) Diese Bevölkerung würde sich in größter Mehrheit auf die Seiten des Staates schlagen und der kleine Rest würde stumm, entsetzt und überfordert der Konfrontation zusehen" (in: Viett, I: Nie war ich furchtloser);

=>

Der Bewegung 2. Juni ging es nicht um die Bildung einer neuen Partei, der sich die *Massen* anzuschließen hätten, sondern im Gegenteil: Die Guerilla sollte die erste Etappe auf dem Weg der Entwicklung einer Volksarmee sein. Von daher sei es notwendig, daß Aktionen der Guerilla gegen die Herrschenden gerichtet sind und nicht das *Volk* treffen.
Die Möglichkeit der Mobilisierung der *Massen* fällt durchaus unterschiedlich aus. Zu erwarten, daß große Bereiche der Bevölkerung revolutionären Projekten der Linken gegenüber aufgeschlossen seien, ist aufgrund der Erfahrung mit dem NS - zumindest im Rückblick für Inge Viett - fraglich.

Verhältnis der Bewegung 2. Juni zur linken Bewegung:

Anspruch:

- „(...) Und der Begriff 'Bewegung' müsse sein, weil uns vorschwebte, keine geschlossene Kaderorganisation aufzubauen, sondern eine breit gefächerte Bewegung, zu der sich alle zählen konnten, die das machten, was wir machten: Stadtguerilla" (in: Meyer, T.: Staatsfeind. Erinnerungen);

- „Also von Stadtteilgruppen, von Basisgruppen in den Betrieben, von daher die Militanz aufzurollen, von daher eben Fabrikguerilla, Stadtguerilla im wahrsten Sinne des Wortes werden" (in: Baumann, B.: Wie alles anfing);

- „Zur ständigen Arbeit der legal arbeitenden Genossen der Bewegung gehört es (...), innerhalb der Organisationen, in denen sie wirken, die Schaffung revolutionärer Milizen zu propagieren und zu initiieren" (in: Bewegung 2. Juni - Programm);

Reflexion/Selbstkritik:

- „Insgesamt liefen die Diskussionen damals viel offener und breiter. (...) Es hat schon so etwas wie eine breitere Verankerung gegeben" (in: Reinders/Fritzsch: Gespräche über Haschrebellen, Lorenz-Entführung, Knast. Die Bewegung 2. Juni);

- „Wir hatten in Berlin stabile logistische Strukturen mit einem ausladenen Unterstützerkreis und mit einem breiten Sympathisantenfeld auch eine politische Basis. (...) 1973 hatte die Bewegung 2. Juni noch eine breite Sympathie und Unterstützung in der linken Szene. Es existierte in den nicht akademischen Teilen der schon ermatteten Revolte noch ein 'Bewegungs'bild, in dem die Illegalen der organisierte Guerilla-Kern der ineinander fließenden sozialrevolutionären legalen Gruppen waren" (in: Viett, I.: Nie war ich furchtloser);

- „Wir aus der Guerilla (haben) uns zu fragen, inwieweit wir unsere Isolation nicht selbst mit verschuldet haben. (...) Wir haben damit das uns zugewiesene Ghetto akzeptiert, anstatt aus ihm auszubrechen. Sicherlich hat auch das Fehlen der öffentlichen Auseinandersetzung mit den anderen Teilen der Linken dazu beigetragen (...)" (in: Tunix-Papier);

- „Der Kampf muß aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten kommen (...) Nur von dieser Alltagssituation konkretisiert sich jeglicher Widerstand. Wenn er statt dessen nur den imperialistischen Überbau angreift, ohne in den Fabriken und Stadtteilen verankert zu sein, kann der kapitalistische Staat ihn ohne große Schwieigkeiten mit polizeitaktischen Mitteln einkreisen und vernichten" (Werner Sauber, zitiert in: Tunix-Papier);

- „Wir erreichten mit der bewaffneten Politik selbst in der Linken nur noch marginalisierte Bereiche. Die neuen militanten Massenkämpfe bezogen sich nicht auf die Guerilla-Konzepte, sondern auf konkrete politische Projekte mit eigener Dynamik. Der bewaffnete Kampf hatte keine Perspektive und damit hatte ich auch keine" (in: Viett, I.: Nie war ich furchtloser)

- „Die einen, die sich Freiräume erkämpft zu haben glaubten, machten sich mit Eifer daran, sie mit Alternativ-

projekten zu füllen. (...) Was alternativ zur Gesellschaft gedacht war, endete als Alternative zum Kampf. Das Widerstandsbewußtsein verkümmerte zur Sozialarbeiterhaltung. Die Kompromisse zur Sache summierten sich zur Kompromittierung des Bewußtseins" (in: Tunix-Papier);

- „Und wo sind die Marschierer durch die Institutionen? Sie haben sich angepaßt oder sind geflogen. Verändert haben sich nur die Marschierer, der Apparat dient der Reaktion wie eh und je. (...) Diese Genossen sehen im Staat ein technisches Vehikel, (...) ein neutrales Gemeinwesen. (...) Die Genossen übersehen, daß der Staat ein Instrument mit ganz bestimmten Funktionen ist" (ebd.);

=>

Die Zielvorstellung des 2. Juni war es, keine elitäre Kaderorganisation aufzubauen, sondern in einer Vielzahl von linken Strukturen verankert zu sein und dort Stadtguerilla-Politik zu propagieren. Der Verlust eines gemeinsamen Austausches mit der legalen Linken und die Nicht-Präsenz in Basiskämpfen führt unweigerlich zu Formen der Selbstghettoisierung/Selbstisolierung. Das Wegbrechen einer organisatorischen Basis in der Linken nimmt Guerilla-Konzepten die Perspektive.
Kritik wir gegenüber jener Linken geübt, die sich in Alternativstrukturen eingerichtet hat und diese nicht mehr als Ausgangspunkt für weitere Kämpfe betrachtet.

Fragen zu Perspektiven hinsichtlich des Verhältnisses von Bevölkerung, linker Bewegung und Stadtguerilla:

Verhältnis von Stadtguerilla und Bevölkerung:

- Ist Deutschland mit seiner *revolutionslosen Tradition* ein *Spezialfall* (das Land der Halb- und Konterrevolutionen)? Ist es nach '89 (vorläufig) passe, daß sich ein linkes Bewußtsein von der Notwendigkeit einer revolutionären Änderung der gesellschaftlichen Situation und ein Bewußtsein von der Möglichkeit dieser Änderung herausbildet, das breite Schichten erfaßt? Ist mit dieser Bevölkerung jemals eine *Revolution zu machen*? Oder liegen zwischen Linksradikalen (und besonders der Stadtguerilla) und der Bevölkerung Welten, die unüberbrückbar sind? Sollten aus taktischen Gründen und der Vermittlung wegen bestimmte politische Inhalte abgemildert oder bestimmte Aktionsformen eingestellt werden? Kann bewaffnete Politik mit ihren notwendigen/möglichen Konsequenzen (Tötungen von EntscheidungsträgerInnen/Unbeteiligte als Opfer etc.) überhaupt in der Bevölkerung mehrheitsfähig werden?

- Kann aus all dem nur die notwendige Aufgabe einer gesamtgesellschaftlichen Revolutionsperspektive folgen? Was ist dann unsere politische und soziale Basis? Sollen sich Linksradikale auf spezifische gesellschaftliche Gruppen konzentrieren (MigrantInnen, ArbeiterInnen, Kids)? Liegt bei diesen Gruppen ein systemsprengendes Potential? Kann *revolutionäres Bewußtsein* aus einer materiellen Unterdrückungssituation abgeleitet werden? Sind *Separatismus-Konzepte (befreite Gebiete, freie Republik)* erstrebenswert, oder entspricht dies einer auf die Spitze getriebenen Ghettomentalität?

Verhältnis von Stadtguerilia und linker Bewegung:

- Konzeptionelle Ansätze zum Verhältnis von Stadtguerilla/linker Bewegung:
- der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla ist als Zentrum und Strategie revolutionärer Politik zu verstehen, um den Guerilla-Kern entwickelt sich die Bewegung;
- der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla ist als eine Methode revolutionärer Politik zu begreifen, die Guerillapolitik orientiert sich an den Interessen der Bewegung;
- die legale linke Bewegung und die bewaffnete Struktür entfalten sich in einer *dialektischen Wechselbeziehung*

Welches der Stadtguerilla-Modelle findet am ehesten Zustimmung in Basisbewegungen? Bleibt nur die *populistische* Variante, um *massenfähig* zu werden? Ist eine einseitige Ausrichtung der Stadtguerilla auf die Politik von Basisbewegungen *der Weisheit letzter Schluß*? Kann die Bewegung aufgrund ihrer unübersichtlichen und amorphen Struktur ein verläßlicher Orientierungspunkt für Stadtguerillapolitik sein? Wieviel Autonomie kann/soll sich eine Stadtguerilla bei ihrer Aktionsmittelwahl und -durchführung herausnehmen? Hat die Bewegung dennoch eine Korrektivfunktion? Existiert ein unaufhebbarer Widerspruch zwischen den legalen Politikformen der Bewegungen und der illegalen Praxis einer Stadtguerilla? Ist eine dauerhafte gegenseitige Bezugnahme aufgrund der Repression, die Stadtguerillapolitik auslöst, denkbar? Ist infolg dessen eine Distanzierung/Diskreditierung von bestimmten Aktionsformen der Stadtguerilla durch Teile der Bewegung unumgänglich (oder sogar ein notwendiger Schutz für legale Strukturen)?


=>

Zwei Kernfragen bleiben: Welche spezifischen Bedingungen müssen gegeben sein, um den bewaffneten Kampf aufnehmen zu können, oder müssen diese überhaupt ausnahmslos vorhanden sein? Werden revolutionäre Tendenzen eher einen spontanen Aufstandscharakter annehmen, oder ist von der Notwendigkeit eines kontinuierlichen und langanhaltenen Prozesses auszugehen?

- Der bewaffnete Kampf einer Stadtguerilla oder anderer bewaffneter Formen ist nur unter *günstigen* Rahmenbedingungen (zahlenmäßig starke Linke, die in gesellschaftlichen Bereichen Fuß gefaßt hat; Legitimationsverlust der Herrschenden; repressives Klima; weltweite Aufbruchstimmung) führbar und hinsichtlich des Ziels perspektivreich. Nur unter diesen Voraussetzungen ist bewaffneter Kampf führbar, ansonsten ist er einzustellen und die Struktur aufzugeben. In einer explosiven gesellschaftlichen Situation werden sich die *Massen* alle erforderlichen Mittel nehmen (einschließlich bewaffneter), um politisch *durchzukommen*. Langfristige Planungen sind zwecklos - revolutionäre Prozesse sind weder detailliert planbar noch vorhersagbar;

-Der bewaffnete Kampf ist relativ unabhängig von den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen aufrecht zu erhalten, allerdings je nach Situation *zu dosieren*. Bewaffnete Strukturen können nicht kurzfristig improvisiert werden, sondern erfordern längere logistische Vorbereitungen. Erst dauerhafte bewaffnete Organisationsformen der Linken, die sich kontinuierlich erweitern, eröffnen die Möglichkeit *des Stellens der Machtfrage*. Ein staatenloser und unterdrückungsfreier gesellschaftlicher Zustand ist nur durch einen langfristigen und von Beginn an organisierten bewaffneten Kampf erreichbar.

Anhang

Aktionen der Bewegung 2. Juni und deren Vermittlung, Verankerung und Resonanz in der Linken:

Wir wollen anhand einer exemplarischen Auswahl von Aktionen des 2. Juni (Schmücker, Drenkmann, Lorenz) knapp darstellen, in welcher Form die Aktionen legitimiert wurden und wie dies in linken Spektren aufgenommen und beurteilt wurde:

Schmücker-Liquidierung (4. Juni 1974):
Der VS-Spitzel U. Schmücker wurde durch das „Kommando Schwarzer Juni" erschossen. Schmücker wurde von einem *Volkstribunal* der Bewegung 2. Juni zu dem von ihm gemachten Aussagen beim VS verhört und wegen Verrates zum Tode verurteilt: „Verrat hemmt die Produktivkraft des Einzelnen und das Produktionsverhältnis im allgemeinen (...) um diese Bedingungen innerhalb der revolutionären Bewegung wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wird hier im speziellen Fall U. Schmücker die notwendige Konsequenz gezogen" (in: Kommandoerklärung ´Schwarzer Juni´). Infolge dieser Aktion entwickelte sich eine breite Diskussion, um den Umgang mit Spitzeln in der Linken, wobei die Aktion an sich als eine unverhältnismäßig harte Reaktion abgelehnt wurde. Die Kritik einiger Gruppen ging soweit, daß sie ihre Solidarität mit dem 2. Juni aufkündigten: „Die Taktik der Bewegung 2. Juni ist reaktionäre Pädagogik der Abschreckung, die ihre Vorgänger bei den Befürwortern der Todesstrafe hat (...)" (in: Langer Marsch). Es gab aber auch solidarische Kritik: „Eshätte gereicht Genossen, wenn ihr gesagt hättet: Schmücker war ein Verräter, Agent, er kann und wird in unserer Gruppe und woanders unerhörten Schaden anrichten. Deshalb haben wir die Konsequenzen gezogen. Müßt ihr euch deshalb gleich zum Volksgericht erklären? Noch hat das Volk seine Volksgerichte nicht. Noch geht es seinen objektiven Interessen nicht nach" (in: Zum Tod U. Schmückers und dem Verhältnis der Genossen zum 2. Juni).

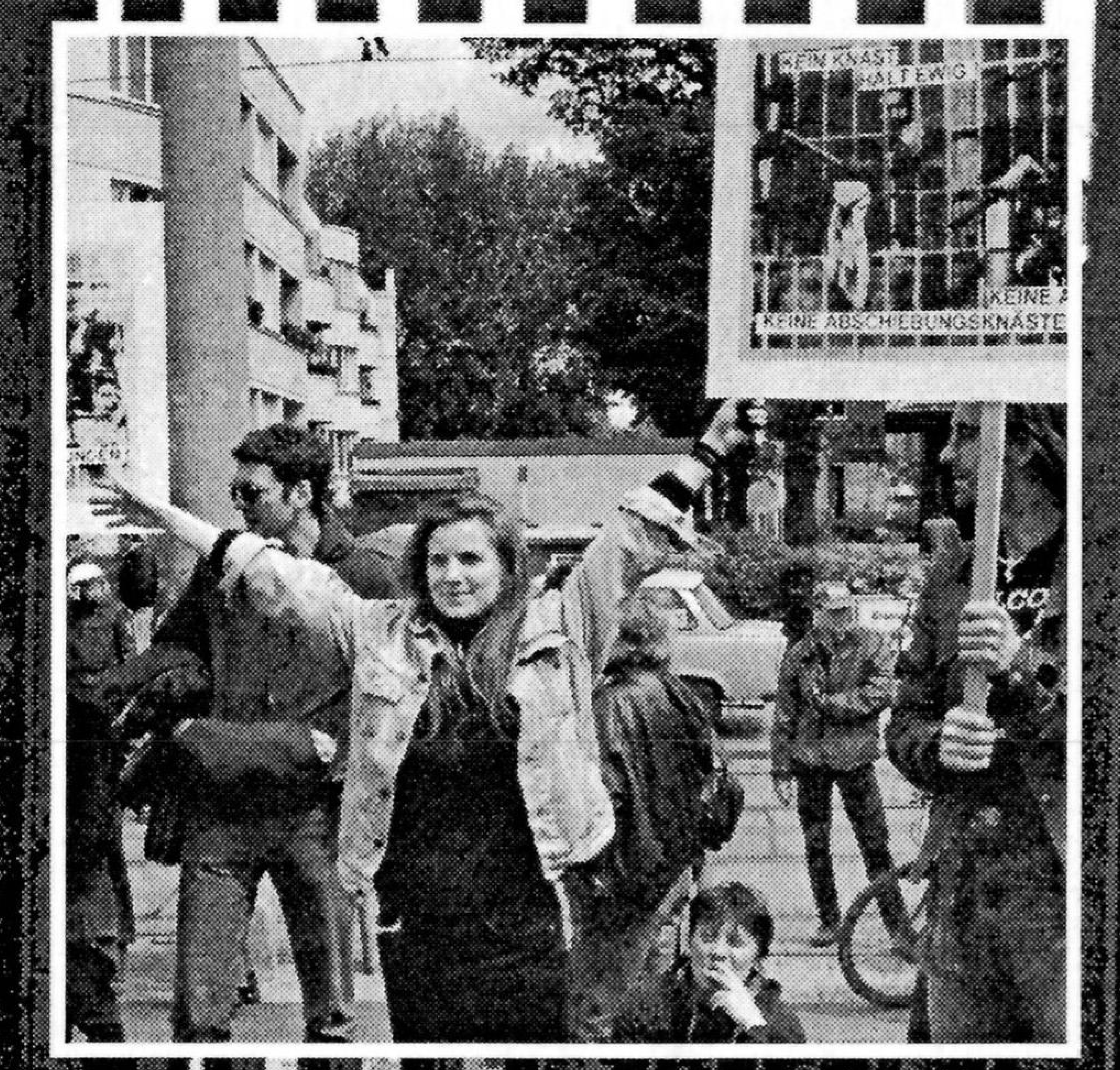
Drenkmann-Attentat (10. Nov. 1974):
Die versuchte Entführung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmanns durch den 2. Juni, die mit dessen Tötung endete, war eine unmittelbare Reaktion auf das Verhungernlassen von Holger Meins während eines Hungerstreiks politischer Gefangener. In ihrer Erklärung schreiben sie in Bezug auf die öffentliche Empörung über die Tat, daß „der Aufschrei über den Tod Drenkmanns der Aufschrei der Herrschenden über den Tod eines der Ihren (ist)." Der 2. Juni betont, daß „die Erschießung des obersten Richters von Berlin keine Aktion gegen das Volk (ist) (...) Die Aktion gegen den Richter zeigt, daß wir uns wehren, daß wir die Ermordung eines Genossen nicht mehr ohnmächtig hinnehmen, sondern daß wir die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen."
Wie reagierten in diesem Fall Teile der Linken: Die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) schrieb in einem Flugblatt: „Wer auch immer die Täter waren - wir verurteilen den Mord an Herrn von Drenkmann ebenfalls. Individuelle Terrorakte - auch wenn sie politische Motive haben - sind kein Mittel, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Weder im Gefängnis, noch im Betrieb noch sonstwo." Zudem sei die Aktion ihrem Ergebnis nach völlig kontraproduktiv: „Es wurde dadurch möglich, von den unmenschlichen Haftbedingungen in den Gefängnissen abzulenken, denen die Gefangenen unterworfen sind."
Andere Reaktionen, bpsw. aus dem Sponti-Spektrum, wenden gegen derlei Äußerungen ein, daß durch diese Aktion „das Gefühl einer hilflosen Ohnmacht nach dem Tod von Holger durchbrochen (war)" (vgl. Info-BUG Nr.?) In einem weiteren Diskussionspapier wird u.a. hervorgehoben, daß ‚die aktion beispielhaft (war), weil sie dem dauernden gerede über die übermacht des staatsapparats, das nur resignation auslösen kann, ein ende bereitet hat" (aus: „Solidarität und Lernprozeß").

Lorenz-Entführung (27.Febr.-5.März 1975):
Wenige Tage vor den Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin wurde der Spitzenkandidat der CDU Peter Lorenz von der Bewegung 2. Juni entführt. Ziel der Aktion war es, Gefangene aus der Guerilla und inhaftierte DemonstrantInnen in einer Austauschaktion zu befreien. Dadurch, daß die Verhandlungen mit der Staatsseite über die öffentlichen Medien geführt wurden, ergab sich für den 2. Juni eine gute Vermittlung der Aktion. Diese geglückte Gefangenenbefreiung stieß nicht nur in der Linken auf positive Resonanz.
Die Spontis bezogen sich positiv auf die Verbindung zwischen Guerilla und Basis, welche durch eine breit angelegte Verteilaktion in die Befreiungsaktion mit einbezogen wurde. Andere Gruppen konnten sich zwar mit der Aktion solidarisieren, kritisierten jedoch die Politik der Bewegung 2. Juni an sich.
K-Gruppen bezeichneten sowohl die Lorenz-Entführung als auch das Stadtguerillaprojekt des 2. Juni selbst als individuellen Terror, der losgelöst von dem Kampf der Massen sei.



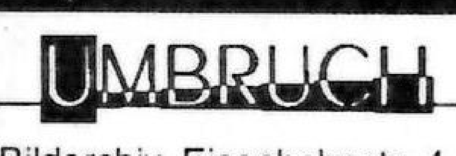
Kein Knast steht ewig!


Kundgebung vorm Abschiebeknast in Grünau am 24. 5.










No
KEIN KNAST
STEHT EWIG!

Babenhausen, ein Vorbild für Vergangenheits- und vor allem für Gegenwartsbewältigung

Zitat: „Die Bundesrepublik Deutschland hat einen einzigen Satz hervorgebracht.
Der Satz ist in einem Maße genial, daß aller Protest zu Gemeckere wird, alle Beschimpfung zum Lob. Es ist der Satz eines Faschisten, der dann nicht mehr als Faschist arbeitete, und der dazu gebracht werden sollte, sich zum Faschismus zu äußern. Dieser Mann sprach einen einzigen Satz, und als er diesen Satz gesprochen hatte, war klar, daß es niemals eine Erwiderung geben würde, keine Antwort, keine selbe Welt. Der Satz lautete: Ich erinnere mich nicht!" (Ronald M. Schernikau, Die Tage in L.)

Mit unserem Beitrag wollen wir, selbstorganisierte MigrantInnen-Gruppen in Deutschland, einen Monolog mit der deutschen Bevölkerung von Babenhausen führen. Der Vorteil bei solchen Monologen ist, daß Ihr uns weder mit Euren Fragen noch mit Eurer Besserwisserei - wie sonst im Alltag - unterbrechen könnt, daß wir all das, was uns einfällt, sagen, selber Fragen und Antworten stellen können, was uns halt in den Kram paßt. Rücksichtslos, unanständig, pauschal und undifferenziert. Das versprechen wir Euch.

Bevor wir hierher gekommen sind, haben wir uns über Euch informiert. Wir wollten wissen und verstehen, was für Leute hier wohnen, die imstande sind, das Leben des letzten noch hier lebenden Juden zur Hölle zu machen.
Was für Leute hier wohnen, aus deren Mitte heraus, unter dem Schutz und der Geborgenheit der hier lebenden deutschen Volksgemeinschaft, solche Verbrechen wie der Brandanschlag am 1. Mai - begangen werden können, der jüdische Friedhof mit Hakenkreuzen beschmiert werden kann, die Gräber von Juden und Jüdinnen beschädigt werden und die kein Problem haben, das Vokabular des Nationalsozialismus wieder zu benutzen: „Für Juden gibt es keine Sonderbehandlung" sagt u.a. der Bürgermeister, ohne daß jemand etwas gegen ihn und seine antisemitischen Äußerungen unternimmt.
Noch schlimmer. Er steht mit seiner Meinung nicht alleine da. Als demokratisch gewählter Politiker repräsentiert er die Mehrheitsmeinung. Aber nicht nur sie.
Er repräsentiert gleichzeitig auch die Oppositionsmeinung. Wenn die Grünen in Babenhausen ihn in Schutz nehmen, wenn die Grünen in Babenhausen keine Probleme mit dem Brandanschlag haben, sondern nur mit Merin, dem sie vorwerfen, daß er den Anschlag als antisemitisch bezeichnet bevor die Polizei ihre Ermittlungen abgeschlossen hat, dann haben wir es hier mit geschlossenen Reihen eines völkischen Konsens zu tun. Und weil der Brandanschlag auf ökologisch unbedenkliche Weise verübt wurde, also mit bleifreiem Benzin, gibt es für die Grünen in Babenhausen keinen, aber wirklich keinen Grund mehr Protest dagegen zu erheben. Nur gegen unsere heutige Demonstration.

Der Brandanschlag in der Nacht zum 1. Mai war keine Frage der Moral, sondern der Arbeitsmoral. Ein ganzes Bataillon hat in den Häusern gewühlt und gebrandschatzt. Neun Benzinkanister wurden im Haus - laut Polizei - gefunden.
Exakte Arbeit, die Zeit, logistische Planung, Fleiß und Disziplin erfordert. Somit wird die Vernichtung total. Nur die Suche nach dem Haßobjekt hat diesmal keine Mühe gekostet. Diese Eigenschaften und Fähigkeiten sind nicht nur bei den Neonazis zu finden. Daher neigen wir sogar ausnahmsweise den Äußerungen Eures Bürgermeisters zu glauben, daß hier keine rechtsextremistische Szene existiert. Nach unserem Verständnis, weil das nicht nötig ist. Wozu auch? Jeder ist uns der nächste!

Kein einziger von Euch hat sich die Mühe gemacht, so zu tun, als ob es ihm leid tut. Wenn schon nicht um Menschlichkeit vorzutäuschen, so doch wenigstens aus taktischen Gründen: Wegen des Touri-Geschäfts, wegen des Ansehens des Ortes usw.
D.h. nicht, daß wir Euch damit Ehrlichkeit bescheinigen wollen. Es gibt nun mal für Euch keinen Anlaß und keinen Grund irgendein Lichterkettenspektakel zu veranstalten. Denn Ihr habt die Gewißheit und die Sicherheit, daß niemandem, weder den praktizierenden noch den verbalen Tätern, das geringste passieren kann.
Die Täter schwimmen hier wie Fische im Wasser. Weder dem jungen Mob von 1992, der am Vatertag rassistische und antisemitische Parolen vor Merins Haus grölte ist etwas passiert, noch denjenigen, die den Mordanschlag auf Merin verübten, noch all den anderen mit ihren Grausamkeiten. Deswegen kann wieder alles ausgekotzt und umgesetzt werden, was über Juden immer gedacht wurde und wird. Der ganze antisemitische Dreck wird hier ohne wenn und aber präsentiert.

Das erschreckende daran ist weniger das Aussprechen solcher Sätze, weniger - auch wenn es makaber klingt - die Durchführung solcher Taten, sondern, daß all das mit der vorhin genannten absoluten Sicherheit für die Täter abläuft.
Genau dieses Sicherheitsgefühl wollen wir heute ein bißchen ankratzen.
Dieses Sicherheitsgefühl und Euer gutes Gewissen ist gerade das Erschreckende daran. Weil Ihr hemmungslos und ungestört agieren könnt. Weil weitere Taten folgen können. „Wehret den Anfängen" setzt doch voraus, daß am Anfang einer antisemitischen oder rassistischen Pogromstimmung Widerstand entstehen muß.
Was nach der Tat passiert, ist nur Protest. Wie heute. Dies hilft den Angegriffenen wenig. Höchstens in dem er/sie das Gefühl bekommt, nicht ganz allein unter 80 Mio. potentiellen TäterInnen zu sein.

Erst jetzt verstehen wir, warum Ihr vor unserer heutigen Demonstration so viel Angst habt. Warum Ihr Euch so viele Sorgen um Eürer Volksfest und Eure Fachwerkhäuser macht. Es ist nicht nur das Abstempeln Eures Ortes als eines der deutschen Grausamkeiten. Es ist auch die Projektion Eures Denkens und Eurer Handlungen auf uns. Wenn Ihr vor der ZDF-Kamera sagt, wie damals in 1993, „Juden haben bei uns nichts zu suchen", dann war dies nicht nur eine Unmutsäußerung, sondern die öffentliche Ankündigung der daraus folgenden Taten. Dann wird dieser Wunsch bis zu Ende geführt. Ohne Abstriche. Mit lebensgefährlicher, mit tödlicher Konsequenz.
In dieser Anomalie Eurer Gesellschaftsformation liegt das Gefahrenpotential für all diejenigen, die als Nichtdeutsch gelten. Von Euch selbstkritische Töne zu hören ist ausgeschlossen.
Wenn jemand hier selbstkritisch sein sollte, dann höchstens wir selber. Wir, die schon 1993 von euren Taten und eurem Erfolg - die Verjagung von Tony Abraham Merin - erfuhren. Denn das schockierende daran ist, daß es heute außer uns und unseren politischen, sozialen und privaten Zusammenhängen, wo wir es noch aushalten können, nichts mehr gibt. Wenn Tony Abraham Merin sagt, daß niemand von Babenhausen sein Bedauern über dieses Verbrechen geäußert hat, dann ist das nicht so zu interpretieren, daß es außer Rechten keinen mehr in Babenhausen gibt, sondern daß alle Parteiformationen der Deutschen hier präsent sind. Von rechts bis links. Drinnen und außerhalb des Stadtparlaments. In Sachen Antisemitismus aber gibt es in Deutschland keine Parteien (ob links oder rechts) und keine Ideologien mehr. Nur noch anständige Deutsche. Die, die noch vor kurzem von Revolutionen träumten, revolutionieren zur Zeit - in Schwarz/Rot/Gold - ihr inneres und äußeres Outfit. Oder passen sich mit rasanter Geschwindigkeit dem normal-tödlichen Zustand der deutschen Gesellschaft an, was im Linksjargon mit „Politik für den kleinen Mann" übersetzt wird.

Unsere heutige Demonstration hätte eigentlich damals, 1993 stattfinden müssen. In der Annahme das schlimmste zu verhindern. Dies ist nicht geschehen. Weil Eure Landsleute uns in anderen Gegenden aufgehalten haben: vielleicht habt Ihr mal so nebenbei davon gehört oder könnt Euch gar - auch wenn es schwer fällt - daran doch erinnern: Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln, Mannheim/ Schönau und Mannheim/Waldhof, Ochtendung und Grevesmühlen, Stade und Teltow-Seehof bei Berlin und überall dort, wo die deutsche Volksgemeinschaft, einzeln oder in Rudelformation, betroffen oder besoffen, MigrantInnen und Flüchtlinge angegriffen und umgebracht hat. Wo

antisemitische und rassistische Ekstasen und Vernichtung die Voraussetzungen für das Deutschwerden des Teutonenkollektivs waren und sind.
Dort wo wir waren, sind wir immer zu spät gekommen. Um um unsere Toten zu trauen und unsere Wut zu artikulieren. Wie hier auch. Wenn Tony Abraham Merin verkündet aus Deutschland wegzugehen, so sind wir nicht imstande, ihn vom Gegenteil zu überzeugen. So schmerzhaft es ist und so sehr es uns ärgert, daß Ihr wiedereinmal gesiegt habt. So absurd es klingt: er hat tatsächlich hier keine Chance.

Nichtsdestotrotz gibt es für Euch kein Grund zu Beruhigung. Wenn Ihr der Illusion unterliegt, Ruhe nach unserem Weggang zu kriegen, dann habt Ihr Euch geirrt. Solange wir es noch hier im Land der Täter- und der Tierschützer, im Land der Pogrome und der getrennten Müllsammlung aushalten können, müßt Ihr Euch auf Schritt und Tritt von uns in Acht nehmen. Unsere Präsenz heute will genau dieses Verhältnis zwischen Euch und uns klar stellen.

Eure vorbildliche Erforschung und Forschung über die von Euren Vorfahren ermordeten JüdInnen aus Babenhausen und aus der Gegend - wie in Eurem Buch „Die Juden in Babenhausen" dokumentiert wird -, sowie Eure Mahnmäler für diese Opfer können uns nicht täuschen. Im Gegenteil: Wir befürchten, daß Ihr gerade deswegen so unverfroren und hemmungslos auftretet, daß Ihr gerade deswegen an Euren Stammtischen und in Euren Behörden kein Blatt vor dem Mund nehmt. Es sind die Haltung und die Handlungen von Leuten, die ihre Aufgabe - Vergangenheitsbewältigung genannt - als erledigt betrachten, die eine saubere Weste zu haben meinen, um heute mit dem Eifer des guten Gewissens ihre Gegenwart zu bewältigen: indem sie an Juden Hand anlegen.

Daher hat es uns auch gar nicht gewundert, als wir in vorhin erwähntem Buch immer wieder bei den ermordeten Juden und Jüdinnen den Zusatz fanden, „Verschollen in Auschwitz". Wie sagte der Faschist? „Ich erinnere mich nicht". Ihr habt dafür einen anderen Ausdruck gefunden. „Verschollen in Auschwitz". Ihr wollt damit sagen, daß Ihr bis heute nicht genau wißt, was dort in Auschwitz mit den deportierten Juden und Jüdinnen aus Eurem Ort und aus ganz Europa eigentlich passiert ist. Bei unserem nächsten Besuch werden wir euch darüber aufklären und das Geheimnis von Auschwitz lüften.

An der Stelle wollen wir unseren Monolog für einen Moment unterbrechen und uns an die hier lebenden MigrantInnen wenden:
Man/Frau hat in diesem Land zwei Möglichkeiten: sich entweder den deutschen Zuständen anpassen, in der Illusion „mir wird schon nichts passieren".
Dies kann nur eine zeitlang gut gehen, wenn sich die MigrantInnen den Sitten und Gebräuchen der Einheimischen annähern.
Es ist zwar schwer, aber es geht, wie manche etablierte MigrantInnen-Vereine nachweisen. Aber dann muß nicht nur die Folklore-Gruppe, sondern auch der Antisemitismus stimmen. Damit eine gemeinsame Basis da ist.
Wie gesagt. Dies wirkt gut für einen begrenzten Aufschub des zu erwartenden Angriffs. Die zweite Möglichkeit ist, Widerstand gegen diese Zustände zu leisten. Aus der Geschichte und aus unserer eigenen Erfahrung hier haben wir uns für das zweite entschieden. Seitdem fühlen wir uns auch sicherer.

Zurück zu unserem Monolog. Was die aktuelle Geschichte betrifft, müssen wir mit allem rechnen: von dem totalen Schweigen der geschlossenen Reihen Eures völkischen Kollektivs bis hin - bei Verhaftung der Täter - zu den üblichen Ritualen von irregeleiteten Jugendlichen, von Besoffenen oder frustrierten armen Tätern oder oder oder. Auch vor einer Lübecker Variante würdet Ihr nicht zurückschrecken.
Die ersten Äußerungen in diese Richtung lassen schlimmstes erahnen. Denn aus der Geschichte und aus Eurer Sozialisation ist es für Euch ein leichtes, die Opfer zu Tätern zu machen.

3

All das wird erwähnt, weil es heute längst nicht mehr genügt die FAZ zu lesen, um zu wissen wie in diesem Land Politik und Stimmung gemacht wird. Man/Frau muß an den Stammtischen näher rücken, Man/Frau muß genau zuhören und lauschen, was die deutschen Stammtische, was die deutschen Einkaufsstraßen, was die deutschen Nachbarn von sich geben, um das, was Morgen verkündet, beschlossen und umgesetzt wird, rechtzeitig zu erfahren.

Unser Monolog geht gleich zu Ende. Wir hoffen, daß wir hiermit unser Versprechen vom Anfang - pauschal und undifferenziert zu sein - eingehalten haben. Da wir immer wieder gleich hinterher den Vorwurf bekommen, wir seien selber gegen andere Völker oder daß wir zu destruktiv sind, wollen wir unsere Sensibilität für Völkerverständigung mit einem konstruktiven Vorschlag zum Ausdruck bringen und die alte gute Forderung von Wolfgang Neuss bekräftigen:

- Für eine gemeinsame Grenze zwischen Polen und Frankreich!

Vielen Dank für Eure Geduld und für Eure Wut

MigrantInnen-Gruppen: Cafè Morgenland (F), Dima (HH), Köxüz (B),
Sere Kevir (FR), !sol lez ruw! (N/M),



Eine Demonstration gegen eine Stadt: An den ausgebrannten Häusern in Babenhausen

Beitrag vor den ausgebrannten Häusern

Angesichts dieser Bilder sind wir der Meinung, daß kein Redebeitrag imstande sein wird, das wiederzugeben was hier abgegangen ist. Die Ähnlichkeit mit anderen Bildern, einsame Häuser, ohne deutsche Nachbarn drum herum spricht für sich. Um den Ort nicht zu verwechseln: wir sind nicht in Mölln, wir sind nicht in Solingen und wir sind nicht in Lübeck, sondern am Rande von Babenhausen. Babenhausen liegt in Hessen. Hessen liegt in Deutschland. Dem Land mit den unbegrenzten Häßlichkeiten. Daher werden wir hier nur die Chronologie der völkischen Vertreibung vorlesen.

Im Frühling 1942 wurde Babenhausen als judenfrei gemeldet.
Die jüdische Bevölkerung, die nicht rechtzeitig ins Ausland fliehen konnte, wurde in die Vernichtungslager deportiert und ermordet.

1953 kam die Familie Merin, der Vater Widerstandskämpfer in Polen, die Mutter das KZ schwerbeschädigt überlebt und der 7-Jährige Tony Abraham Merin nach Babenhausen. Bereits damals begannen die Schikanen und die antisemitische Hetze. Angesichts der Vereinzelung der Anmache wurden sie von dem damals jungen Merin erst später als solche wahrgenommen.


So wurde 1988, bei der Einweihung des Mahnmals für die Opfer des Holocaust, die Familie Merin nicht eingeladen. Es wurden zwar jüdische Leute aus dem In- und Ausland, die früher hier gewohnt haben, eingeladen, die einzig hier lebende jüdische Familie aber nicht. Nach dem Motto, was von weit weg kommt, geht ja wieder weg.

1992 erstattete Merin Anzeige, um zu verhindern, daß die Republikaner ihre Wahlkosten vom Staat erstattet bekommen, ohne Erfolg. Die Antwort der REP's, sie brachten auf seinem Hof ein Wahlplakat an mit dem Wahl-Slogan, „wir sagen was ihr denkt".

Ebenfalls 1992, am Vatertag, wurde nicht nur in Schönau gefeiert: Zwei Dutzend Jugendliche fuhren mit Traktor und Anhang vor Merins Haus auf und ab, „Juda haut ab" schreiend und den Hitlergruß zeigend.

1993 versuchten Unbekannte ihn durch das Lösen der Radmuttern an seinem Wagen umzubringen. Es folgten anonyme Anrufe mit Beschimpfungen und Drohungen. In Babenhausen war es schon vor dem Brandanschlag ziemlich heiß.
Parallel dazu versuchte die Stadt auf ihre Weise ihn loszuwerden. Eben, arbeitsteilig. Der Mob erledigt seine Aufgaben, die Behörden ihre. Es klappt immer.
Sie versuchte seine Grundstücke unter Wert abzukaufen, wobei Merin das Angebot als Kristallnachtpreis diffamierte und ablehnte.
Er ahnte schon, daß die Zuspitzung unausweichlich ist. „Bevor sie mit Benzinkanister kommen, haue ich lieber ab" sagte er.
1993 zog der letzte noch lebende Jude von Babenhausen weg, nach USA.
4 Jahre später kamen sie tatsächlich mit 9 Benzinkanistern und brannten seine Häuser nieder. Somit schließt sich der Kreis der Vertreibung.
Im Frühling 1997, seit dem 1. Mai, ist Babenhausen wieder judenfrei und durch den Brandanschlag auch noch judenrein.

Café Morgenland, 18.5.97, Babenhausen/Hessen



Neueste (vielleicht) letzte Narichten aus dem Hüttendorf gegen A20

oder: Hüttendörflerinnen am Rande des Nervenzusammenbruch's

Die Situation auf diesem wunderschönen Fleckchen Erde hat sich dramatisch zugespitzt! Es ist vielen der Bewohnerinnen klar geworden, daß sie diesen Platz verlassen wollen. Die weitere Existenz dieses Projektes ist dadurch gefährdet, denn ein lustiges, erfüllendes und sicheres Hüttendorfleben ist nur mit vielen Leuten möglich.

Also DU, falls du sowieso gerade etwas Neues an einem neuen Ort machen willst, komm hierher mitsamt deinen verrückten Ideen, deinen Freundinnen oder deiner ganzen Wohngruppe!

Hier gibts 'ne große Küchenhütte, 4 Wohnhütten werkstatt, angefangene Hütten, Turm ein paar Bauwagen und unbegrenzte Möglichkeiten wie z.B. bauen, klettern, gärtnern, rumspinnen, rumhängen, "Natur" ankucken, sich in politische Literatur vertiefen...
Dieser Ort könnte Freiraum für vieles sein undees wäre zum heulen, wenn es keine Leute gäbe, die ihn nutzen wollen und er deshalb aufgegeben werden müßte.

Ganz so problemlos ist die Realität natürlich auch hier nicht. Da gabs z.B. Ostern einen Faschoüberfall, der nur die Spitze des Eisberges von Anfeindungen darstellt und die Menschen hier vom Unsinn des Autobahnbaus zu überzeugen ist auch nicht so einfach.

Wenn du dir überlegst herzukommen, dann komm s c h n e l l !
Falls du vorher schreiben oder anrufen willst (mußt du aber nicht):

Hüttendorf gegen A20
Peenestr.
17506 Breechen

Tel: 0171/84 50 429
besetzt zwischen 20^oo und 22^oo
sonst AB

Damit nicht auch hier bald nur noch Männer wohnen, kommt auch ihr liebe Frauen/Lesben!

AUFRUF A HOT SUMMER IN AMSTREDAM! AUFRUF

Ein heißer Sommer in Amsterdam

Am 16. & 17. Juni 1997 findet in Amsterdam der Eurogipfel statt. In diesem Toptreffen der europäischen Regierungschefs in der Niederländischen Bank in Amsterdam wird an der Bildung eines ökonomischen Machtblocks weitergearbeitet. Unter dem Motto "Markt" wird der Sozialstaat privatisiert und ganz abgeschaft. Mittels undurchsichtigen Strukturen wird hinter geschlossenen Türen Politik gemacht. Durch eine beschlissene Minderheit von Staats führem wird die ausschließliche Allmacht von Ware und Kapital eingeläutet und sämtliche Möglichkeiten basisdemokratischer Alternativen definitiv über Bord geschmissen. Mehr und mehr Kontrolle - im Inland sowie an und über die Außengrenzen hinweg -, muß dafür sorgen, daß dieser Prozess reibungslos verläuft.

Die Regierungschefs haben prätentiöse Pläne für diesen Gipfel. Er soll enden mit der Abrundung des Vertrages von Maastrich II, resp. Vertrages von Amsterdam, einer Weiterentwicklung des in 1992 unterzeichneten EU-Vertrages. U.a. sollen folgende Revisionen darin aufgenommen werden:
Die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips resp. Abschaffung des Veto-rechts im Ministerrat und neue Reglemente betreffend Auslands-, Sicherheitspolitik und polizeilich- justizieller Zusammenarbeit.

Für den Amsterdamer Gemeinderat ist der kommende Gipfel ein Segen. Die Stadt bekommt damit die Chance von ihrem Sodom und Gomorra Image von Drecklöchern, Sexindustrie und Drogen wegzukommen und sich als eine respektable, ökonomisch-kompetente Weltstadt zu präsentieren. Um den Staatchefs dieses Bild vorzugaukeln und einen sauberen Ablauf des Gipfels zu garantieren, wird ein Viertel der Niederländischen Polizeimacht (15.000) während diesen Tagen in Amsterdam stationiert und ein Großteil der Innenstadt zur Sicherheitszone erklärt.

Glücklicherweise sind viele Organisationen und Individuen mit all dem oben Genannten nicht einverstanden und wollen diese Tage nutzen um Widerstand zu leisten und ihrer Wut und Empörung Ausdruck zu verschaffen.

Menschen aus anderen Städten und Ländern, welche diese Initiativen unterstützen wollen, sind natürlich von Herzen willkommen. Eine Anzahl Aktionen und Aktivitäten in der Perriode 12.-17. Juni 1997 sind bereits geplant.

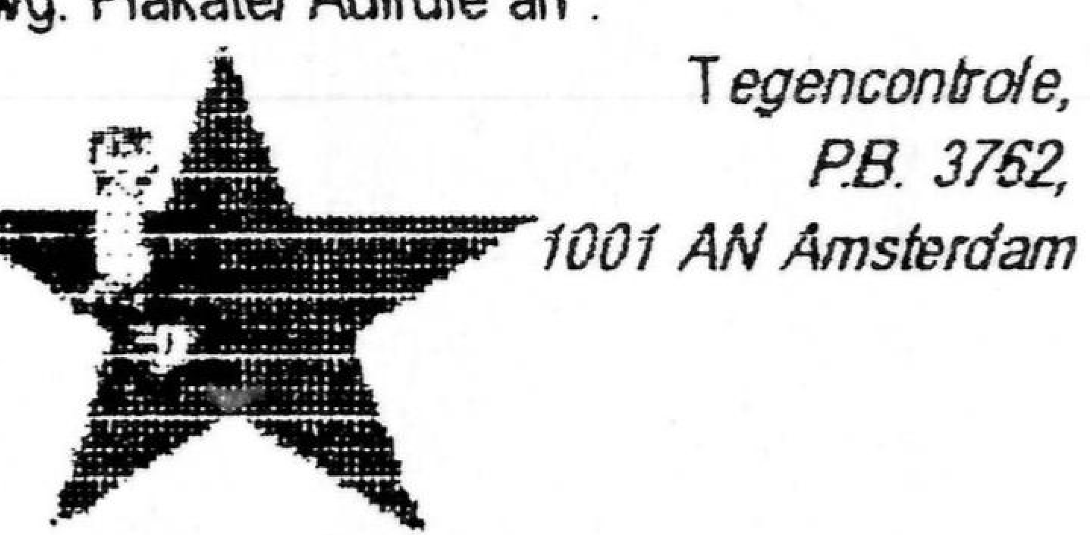
eat the rich!

Im Anschluss dieses Aufrufes befindet sich eine unvollständige Liste mit Initiativen. All diese Initiativen werden von unabhängigen Gruppen und Individuen vorbereitet. Ein allumfassendes Zentralorgan besteht nicht. Während diesen Tagen werden in Amsterdam eine Anzahl Info-Punkte eingerichtet sein, wo Menschen detailliertere Informationen betreffend Aktionen und dergleichen erhalten können. Über die Lokationen dieser Info-Punkte kann momentan noch nichts gesagt werden; sie können aber vom 1.Mai an via die untenstehende Adresse (A-dam) angefragt werden. Die Anti-Gipfeltage sind, wie bereits erwähnt, durch ein loses, linkes Spektrum von Gruppen und Individuen organisiert. Obwohl dieses mit all den zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen wird Leute aufzufangen, ist es in seiner logistischen Kompetenz, sicher was Schlafplätze, Essen usw. betrifft, beschränkt. **Eigeninitiative ist also die Devise !!!**

Es verspricht ein heißer Sommer zu werden.....

Weitere Anfragen bzw. wg. Plakate/ Aufrufe an :





Tegencontrole,
P.B. 3762,
1001 AN Amsterdam

Unvollständige Liste der geplanten Aktivitäten vor und während des Euro-Gipfels in Amsterdam:

14.6.

Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung. Seit Mitte April marschieren tausende Menschen aus verschiedenen Ländern in Richtung Amsterdam, protestierend gegen die neo-liberale Politik der EU. Die Märsche treffen sich in Amsterdam, wonach eine große Demo gegen die EU-Politik gehalten wird.

11.6. - 17.6.

Alternativer Gipfel. "Platform naar een ander Europa", ein Bündnis aus verschiedenen progressiven Organisationen, organissiert Diskussionen und Thematage in Form eines alternativen Gipfels mit SprecherInnen aus diversen Ländern. Mit Arbeitsgrruppen wie: Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung, feministisches Europa, friedliches Europa, Europa und der Süden, ökologisches Europa.

13.6. - 15.6.

Chaostage. Nach deutschem Vorbild. Punks rotten sich in Amsterdam zusammen um die Stadt auf ihren Kopf zu stellen.

12.6. - 13.6.

United Konferenz. Größtes NGO (Non - Gouvermental - Organisations) Treffen im europäischen Jahr gegen Rassismus. Mit Themen wie: "Fortress Europe", "Everyday Racism" und "Institutional Racism". SprecherInnen aus diversen Ländern sollen nach Amsterdam kommen und ihre Stimmen hören lassen. (Referatssprache: Englisch)

15.6.

Eurorave. LegalizE streetparty gegen die europäische Drogenpolitik "und all die andere Scheiße, die sie für uns geplant haben".

17.6.

Euroblow. Massal kiffend die Niederländische Bank ausräuchem aus Protest gegen die europäische Drogenpolitik.



17.6.

Autonome Demonstration zur Niederländischen Bank. Wütende Menschen in einem rasenden Aufmarsch zur Niederländischen Bank.



Bands, Partys, open - air - films



EIN HEISSER SOMMER IN AMSTERDAM

Auf zum Eurozirkus

Gegenkongreß - Chaostage - Rave - Demonstrationen

Der Eurogipfel findet am Mo. 16. und Di. 17. Juni 1997 in Amsterdam statt. Das Treffen der gesammelten EU-Bürokraten wird Maastricht II genannt und wird wieder viele Schweinereien zum Inhalt haben. Eine Europäische Polizei soll etabliert werden, die nicht nur keinerlei Kontrolle unterliegt, sondern wo die Eurobullen auch noch Immunität erhalten sollen. Das öffnet dem Staatsterrorismus weitere Tore.
Darüberhinaus sollen erhebliche Einschnitte ins soziale Netz europaweit beschlossen werden.

Das alles und noch viel mehr fordert zum Widerstand heraus !

Tegen een verenigd Kapitalistisch Europa voor de multinationals

Zusätzlich zu den bisher veröffentlichten Aktionen in Amsterdam
* Gegenkongreß 11.6.-17.6.
* NGO-Treffen 12.6.-13.6.
* Demonstration gegen Massenarbeitslosigkeit in Europa 14.6.
* Eurorave gegen repressive Drogenpolitik 15.6.-16.6.
* Autonome Demonstration zur Niederländischen Bank 16.6.
* Smoke-In vor der Niederländischen Bank 17.6.

wird es noch weitere Aktionen und Happenings geben, die zum Teil noch am Entstehen sind. Unter anderem:
* Antirassistische Fahrraddemonstration organisiert vom Autonomen Zentrum Amsterdam am 16.6.Start ist um 16.00 Uhr am Heinekenplein/Ferdinand Bolstraat.

Während die europäische Elite sich in abgeschotteten Hochsicherheitshotels versteckt, werden die umliegenden Stadtteile in sechs Sicherheitszonen eingeteilt und abgesperrt. Fahrzeuge dürfen nicht mehr anahlten, Anwohner benötigen einen Personalausweis, Besucher müssen bei der Polizei angemeldet werden, alle Coffee-Shops der Umgebung werden geschlossen. Gegen dieses Konzept der „Eurosicherheit" veranstaltet das Autonoom Centrum eine Fahrraddemonstration, die sich geschickt durch die Sicherheitszonen bewegen wird zum Ausländerknast „Grenshospitium" (Grenzherberge) in Südost-Amsterdam. Die Demonstration startet an der Niederländischen Bank, der Terrorzentrale für den EU-Gipfel. Dem unpassenden Begriff Grenzherberge wird mit ebenso unpassendem mittelalterlichem Werkzeug beigekommen werden. Bringt Tennisbälle und Fahrräder mit. Abschlußkundgebung um 18.00.
Für anreisende Fahrradlose können Räder bereitgestellt werden.



Kontakt: Autonoom Centrum, Bilderdijkstraat 165 f, 1053 KP Amsterdam,
Tel: 0031-20-6126172 **Fax:** 0031-20-6168967
URL: http://www.xs4all.nl/~ac **Email:** ac@xs4all.nl

CHAOSTAGE IN AMSTERDAM

EWAS IF BENT

Jetzt ist es endlich soweit,die ersten Internationalen Chaos Tage in Amsterdam. Unter dem Motto mehr als zehn Jahre ruhe sind genug,finden die Chaos Tage vom 13.-15.Juni in Amsterdam statt. Es ist schon eine Ewigkeit her das die Bullen hier mal richtig in die Fresse bekommen haben.Jetzt reicht's,wir zeigen dieser schönen Stadt einmal das Punk nicht tot ist.Wir lassen eine riesen Party steigenund wenn uns die Bullen nicht in ruhe lassen,fahren wir alle nach Hause und kochen uns ne Suppe oder wir kochen uns eine riesen Bullen suppe in dem wir die Bullen in die Grachten schmeißen und tausende von Grachten halten. Tauchsiedern in die Grachten und ähnliches. Tausende von Punx,Skins und ähnliches Gesocks werden dort eine riesen Party veranstalten.Zig Punx u.s.w. haben sich schon angesagt bevor das erste Flugie erschienen ist.Übersetzt diesen Kettenbrief in möglichst vilen Sprachen und verspreitet ihn in aller Welt,und wer ne Addresse auf dem Mond hat solte den Brief auch dort hin schiecken.

Programm der Chaostage

13. Juni

18.00 Uhr: Auftakt am Niewmarkt.
Parole:Wir sind wieder da.
22.00Uhr: wir streichen den Dampalast lila
ab 24.00 Uhr: Anschläge auf dieverse Bullenstationen

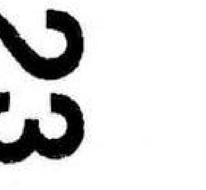
14. Juni


12.00 Uhr:Archologische ausgrabungen am Dampalast.Wir befreien den Dam platz von den Steinen.
15.00 Uhr: Stillegung des öffentlichen Vehrkehrsbetriebes. (Wufanker für die Stromleitun der Tram mitbringen)
18.00 Uhr Massenpogo im HBF.
21.00 Uhr Klauen der Wasserwerfer
23.00 Uhr Workshop"How i use D
Ort: Gesundheitsamt
24.00 Uhr Aufsuchen des Schlafsaal im Stadthaus (Stopera)mit Saufen b zum kotzen.

15 Juni

12.00 Uhr: Wir brennen die ABN-AMRO Hauptfiale nieder
14.00 Uhr Besetzun des Dampalastes ihn von innen rosa zu streichen.
15.00 Uhr Wir schmeißen die Möbel d Königen auf die Köpfe der anrückede Bullen.
18.00 Uhr Gefangenden Befreiung in dieversen Teilen der Stadt.
21.00 Uhr Abschlußtreffen am Niewmarkt und nieder brennen der Metro-Sta Umtrunk und ein schwur sich im naechste Jahr wieder zutreffen.

...mt alle mit einen Gruppeticket(ab 6 Pers.) der Bahnoder trampt ...ber kommt




1 Der Königspalast und die Neue Kirche auf dem Dam 15. Juni 7[00] bis 16. Juni 17[00] (Empfänge)
2 Hotel the Grand und Hotel L'Europe vom 15. bis 17. Juni (kommende und gehende „Gäste")
3 Amtssitz vom 15. Juni bis 16. Juni 17[00] (Empfang)
4 Theater Carré vom 15. Juni 12[00] bis 18. Juni 7[00] (17. Juni abschließende Pressekonferenz)
5 Die Niederländische Bank vom 13 Juni 5[00] bis zum 18. Juni (16. und 17. Juni Konferenzzentrum und Pressedorf)
6 Amstel Hotel vom 15. bis zum 17. Juni (kommende und gehende „Gäste")
7 Reichsmuseum am 16. Juni (Empfang)
8 Heineken Brauerei 16. und 17. Juni (Empfänge)
9 Okura Hotel vom 15. Juni 8[00] bis zum 17. Juni 24[00] (kommende und gehende „Gäste")
10 Apollo Hotel vom 15. Juni 8[00] bis zum 17. Juni 24[00] (kommende und gehende „Gäste")
11 Hilton Hotel und Garden Hotel vom 15. Juni 6[00] bis zum 18. Juni 24[00] (kommende und gehende „Gäste")
Amsterdam
EU-top
15., 16. & 17. Juni
Sicherheitszonen
Ausweispflicht
Halteverbot für Fahrzeuge
möglich sind auch:
Hausdurchsuchungen
Durchsuchen der Kleidung
Durchsuchen von Gepack
Verbot für Menschen, die verdachtig erscheinen
spezielle Notstandsverordnungen:
?
?
?
Attack the EU !
riot catering Production
CENTRAAL STATION
TRAM- BUS EN METRO STATION
IJHAVEN
OOSTERDOK
CENTRUM
DAM
NIEUWMARKT
STADH
MUZ. TH
REMBRANDT PLEIN
LEIDSE PLEIN
RIJKSMUSEUM
VAN GOGH MUSEUM
STEDELIJK MUSEUM
CONCERT GEB
VONDELPARK
OUD
ZUID
OOST
ARTIS
TROPEN MUSEUM
OOSTERPARK
SARPHATIPARK
BEATRIXPARK
RAI CONGRESGEBOUW
JAAP EDEN KUNSTIJSBAAN
PRINS BERNHARD PARK
WATERGRAAFS MEER
STADION
NIEUW
WIBAUT STRAAT

Einladung zum 2. Intergalaktischen Treffen

Für eine menschliche Gesellschaft (25.7.-3.8.97) und gegen den Neoliberalismus

In diesem Sommer findet in Spanien das zweite große internationale Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft statt. Die Idee dazu entstand beim ersten Treffen, das letztes Jahr im zapatistischen Gebiet Mexicos stattfand

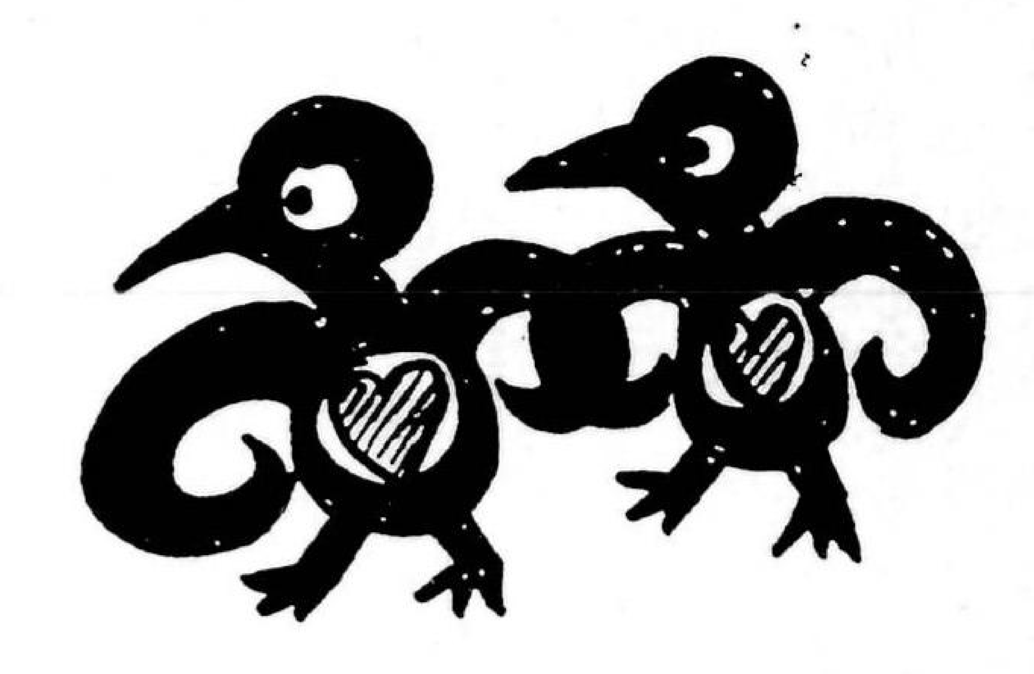
In La Realidad/ Chiapas, einem Zentrum des Aufstandes trafen sich vor einem Jahr über 3000 Menschen aus 41 Ländern, um sich mit dem Kampf der Zapatistas zu solidarisieren und gemeinsame Formen des Widerstands gegen die weltweite neoliberale Umstrukturierung zu suchen. Der Neoliberalismus als verschärfte Form des Kapitalismus, versucht uns auf unterschiedliche Art und Weise unter seine Verwertungslogik zu zwingen. Immer mehr Menschen werden aus der Gesellschaft ausgegrenzt und einem immer brutaleren Überlebenskampf ausgesetzt.

Das erste Treffen in Chiapas bot die Gelegenheit sich, kennenzulernen, sich auszutauschen und gemeinsam an die Öffentlichkeit zu gehen. Es gab den Impuls, sich jenseits des institutionalisierten Rahmens etablierter Politik zu organisieren. Es wurde vorgeschlagen, ein internationales Netz des Widerstandes aufzubauen, ein Netz, welches alle bilden, die für eine solidarische, emanzipierte und antipatriarchale Gesellschaft kämpfen.

Das Bundesweite Vorbereitungstreffen ruft alle Interessierten zur Teilnahme am II. Internationalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus auf. Es soll den Raum bieten, zu reden, zu streiten und zu feiern, um gemeinsame Ziele und Utopien zu suchen. Das Treffen wird getragen von vielen unterschiedlichen linken Gruppen und sozialen Bewegungen. Wir begreifen das Treffen in Spanien als möglichen Ausgangspunkt für einen antikapitalistischen Widerstand, auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft, weltweit!

zum Ablauf :
Dieses zweite intergalaktische Treffen wird in Spanien an fünf verschiedenen Orten stattfinden. In Madrid, Katalonien.Ruesta (Aragon), Almunecar und El Indiano (Andalusien). Die Orte sind aufgrund unterschiedlicher Kriterien (Lage in der Natur, besetzte Häuser und Ländereien, Stadtteile im Widerstand etc.) als Treffpunkt ausgewählt worden.

das Programm:
25 Juli Ankunft in Madrid nachmittags, Empfang der Gruppen, abends Fiesta
26 Juli: Auftaktveranstaltung
27 Juli: morgens Demo in der Innenstadt Madrids, mittags Abreise zu den diskussionsorten
28 -31 Juli: Diskussion an den Arbeitstischen in den jeweiligen Orten
1 August Abfahrt nach El Indiano
2 August Abschlußveranstaltung und große Fiesta



Inhalte:

Inhaltlich soll es folgende Themenschwerpunkte geben, von denen jeweils mehrere an den 5 Orten des Treffens (s.u.) diskutiert werden sollen.
Die Themenblöcke (Arbeitstische o. Mesas)werden noch in Unterpunkte gegliedert, die von allen mitgestaltet werden sollten, und bei denen sich möglichst alle Teilnehmenden wiederfinden sollten.
Die folgenden Themen sind mit Hilfe einer internationalen Befragung festgelegt worden.
Themen:
1. Die neoliberale Ökonomie gegen die Menschheit. Unser Leben jenseits der herrschenden Ökonomie (zB.:Begriff der Arbeit, alternative Formen von Leben, Arbeiten, Wirtschaften)
2. Unsere Welt und Ihre Welt (Rassismus,Kämpfe v. MigranntInnen, Solidarität etc.)
3. Frauen und ihre Kämpfe/ Der Kampf gegen das Patriarchat
4. Die Kämpfe für Kultur, Bildung und Information
5. Die Kämpfe für Land, die Erde und Ökologie
6. Gegen alle Formen der Ausgrenzung

Das Thema Frauenkämpfe/ Kritik am Patriarchat soll an allen Arbeitstischen diskutiert werden.
In Barcelona wird ein Arbeitstisch gegen das Patriarchat ausschließlich für Frauen/Lesben stattfinden. An diesem Tisch werden die Themen Neoliberalismus, Rassismus und Strategien des Widerstands diskutiert.

Am 10. Juni 20 Uhr blauer Salon Mehringhof, findet ein Treffen statt für Frauen aus Berlin, die daran interessiert sind.

weitere informationen und anmeldungen zum 2.intergalaktischen Treffen (bis spätestens Ende Juni) bei: Mexico-Gruppe im FDCL,Gneisenaustr.2a,Io96I Berlin
tel.6934029 mo.I7-2o, do.I7-I9uhr

Kampf gegen den Neoliberalismus!

Ein Radio für die MRTA! Diese europaweite Kampagne will die Finanzierung einer Radiostation für die MRTA in Peru ermöglichen.

Ein Radio für die MRTA
Das Schweigen brechen

Spendenkonto:
Ein Radio für die MRTA
Stichwort: „Das Schweigen brechen"
Konto-Nr. 100 700 368
Sparkasse Göttingen
BLZ 260 500 01

Ihr könnt diese Kampagne mit Eurem Namen unterstützen. Zur Finanzierung der Kampagne bitten wir euch um 50,— DM. Ihr erhaltet dafür 50 Plakate auf denen der Name oder das Emblem Eurer Initiative, Gruppe oder Organisation erscheint.



Kontaktadresse: Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen Rote Straße · Nikolaikirchhof 7 · 37073 Göttingen
Tel./Fax: +49/551/549081 · e-mail: aam paxo.nadir.org
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/



Eine Initiative der Antifaschistische Aktion
Bundesweite Organisation

"Chiapas und die Linke"

Argumente, Einschätzungen und Beiträge zu einer dringend notwendigen Diskussion über das Verhältnis der Linken zur zapatistischen Befreiungsbewegung in Mexiko.
Texte u.a. zu Chiapas als postmoderner Revolte, Epitaph für den Zapatismus, Mexiko - Ein nationales Erfolgsprogramm produziert den passenden Widerstand, Der Kapitalismus hat kein einheitliches Feindzentrum, Marcomania,...

1997, 64 Seiten, geheftet

Bestellungen gegen 6 DM in Briefmarken bitte an:
asta fu
Kiebitzweg 23
D - 14169 Berlin

wichtiges zur "Radikal"

Zur Information:

In den vergangenen Wochen wurden mehrere gleichlautende Flugblätter verschickt, die in der Kopfzeile den typischen Schriftzug der radikal trugen.
Dabei handelte es sich um eine Recherche, in der Verbindungen hergestellt werden zwischen dem Chefredakteur der rechten Zeitung "Junge Freiheit" und der Sekte "Scientology Church".

Als Absender befand sich auf den Briefumschlägen jeweils das linke Projekt "Mehringhof".
Eines der Schreiben ging an einen bekannten Kopf der "Neuen Rechten" Alain de Benoist in Frankreich.

Die radikal hat noch nie eines ihrer gelegentlich verschickten Flugblätter mit dem Absender eines linken Projektes versehen. Wenn die radikal in der Vergangenheit Flugblätter produzierte, dann wurde auf den Flugblättern selbst immer die ausländische Adresse angegeben.
Ebenso wie die Verwendung des Absenders wirkt der Schriftzug "radikal" absichtlich plaziert um das Schreiben als ein linkes Flugblatt kenntlich zu machen.
Uns fällt auch keine Begründung ein, warum eine linke antifaschistische Gruppe ihre eigenen Recherchen an Leute der "Neuen Rechten" verschicken sollte.

Bei diesem Flugblatt handelt es sich unserer Einschätzung nach um ein Fake aus dem rechten Lager.

Über die Gründe können wir nur spekulieren:
Entweder wollen sich Rechte gegenseitig anschwärzen, oder es sollen Streitigkeiten zwischen linken Projekten provoziert werden (unverantwortliche Absender-Angabe), oder um dem Mehringhof eins vor den Bug zu knallen.

Ein paar Leute aus dem Zusammenhang "radikal"





In der Nacht vom 23. auf den 24. Mai haben wir das Auto mit dem Kennzeichen OL-NR 983 von Sören Bettex in Flammen aufgehen lassen. Sören Bettex ist seit Jahren in der militanten Fascho-Szene aktiv und bei Feierlichkeiten zu Hitlers Geburtstag als Organisator und Teilnehmer aufgefallen. Er ist nicht nur zu den Straßenfaschisten zu zählen, sondern liefert auch Beiträge zur ideologischen Stütze der militanten Szene, z.B. mit revanchistischen Aufsätzen in rechten Vertriebenenzeitungen.

Wir beziehen uns mit diesem Anschlag auf die jüngsten Entwicklungen der Faschoszene in Oldenburg. So wurden zahlreiche Menschen Opfer militanter Übergriffe. Ein Kneipenwirt wurde so geschlagen, daß er einige Zeit im Krankenhaus verbringen mußte. Die Kneipe wurde teilweise zerstört.

Im Mai wurde ein Brandanschlag auf das von Punks besetzte VFB-Stadion verübt. Die Betroffenen gehen dabei von einem Anschlag mit Brandbeschleuniger aus. In der Zeit davor wurde das Stadion vermehrt von Faschisten beobachtet, dabei wurde das Auto von S.B. auffällig. Bettex selbst wurde gesehen, als er das Stadion mit einem Fernglas observierte.

Kurz vorher - am 15. Mai - wurde auf der Sitzung des Bauausschusses der Stadt Oldenburg eine Anfrage der Grünen an die Stadtverwaltung gestellt, wie künftig "Störungen der öffentlichen Ordnung" am Stadion zu unterbinden seien.

Die BesetzerInnen sollten offensichtlich aus dem Stadion vertrieben werden. Hierbei reichen sich die Grünen, Faschos und Bullen die Hände. Die Lüge der Bullen, der Brand sei durch Selbstverschuldung (Zigarette) entstanden, leistet aufgrund der vermeintlichen "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit", einer Räumung Vorschub.

Das Stadion denen, die drin wohnen!

Faschisten angreifen!



Antifaschistische Woche

Ausstellung:

Soldaten sind Mörder – Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941-1944
9. bis 13 Juni, täglich von 11 bis 15 Uhr im Foyer der Mensa II (Silberlaube)

Filmvorführung:

Jenseits des Krieges
Dokumentarfilm von Ruth Beckmann, 117 Minuten, Österreich 1996
Donnerstag, 12. Juni, 18 Uhr im KL 29/127a, Rost- und Silberlaube

Veranstaltung:

Goldhagen und die Rechte – Die deutschen Reaktionen
Referent: Lars Rensmann, Politologe FU Berlin
Dienstag, 10. Juni · 18 Uhr · KL 29/127a, Rost- und Silberlaube

VeranstalterInnen: Antifaschistische Aktion Berlin und AStA FU







7.6. 13Uhr Traveplatz Friedrichshain

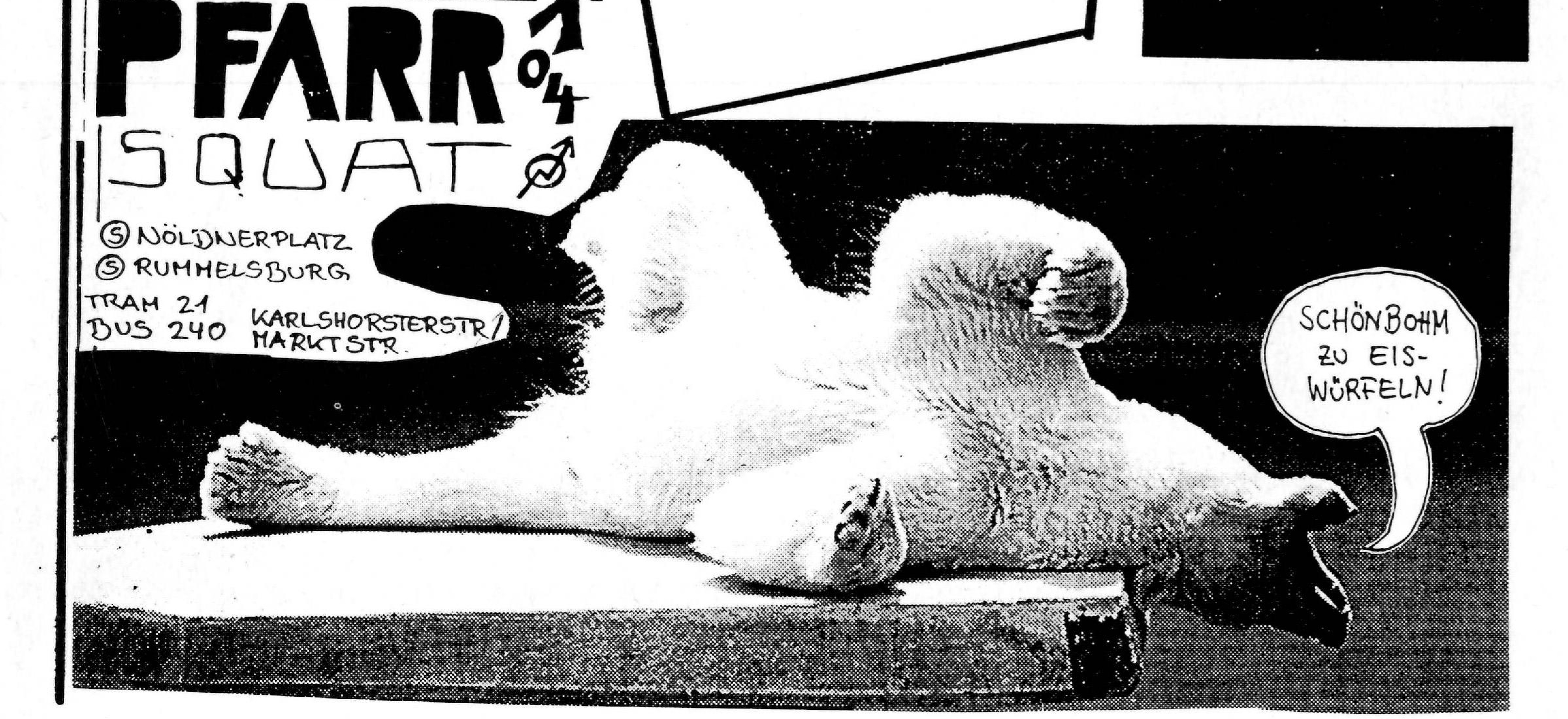
Do 5.6., 19 Uhr
Studentenbewegung in Südkorea
Veranstaltung der FelS/B259-Intersol-AG mit VertreterInnen des südkoreanischen Studentenverbandes

Zielona Góra
....stormy landscape e.V.......
grünberger strasse 73·10245 berlin
.......telefon 2 92 24 71.........

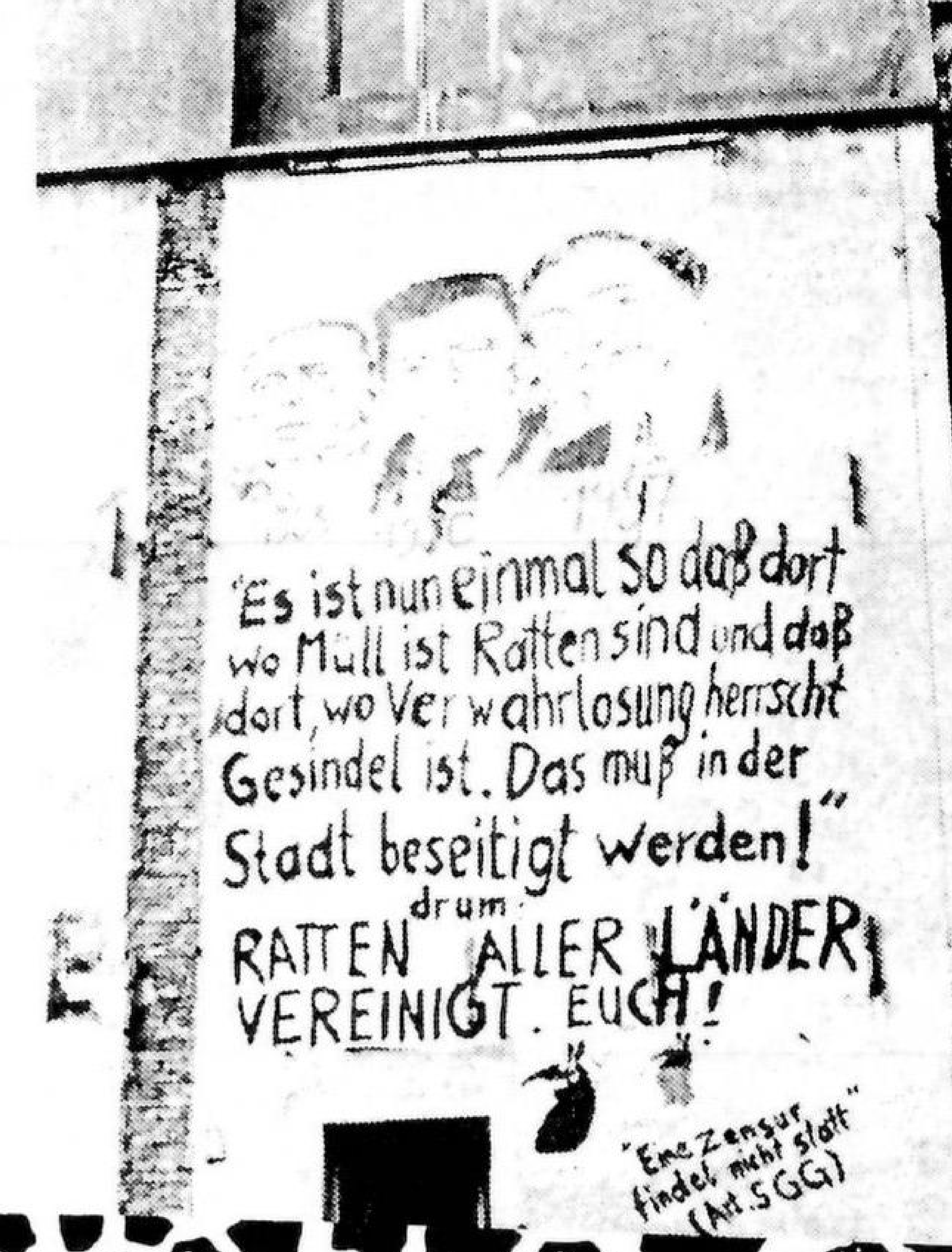
6.Juni Location EX
ab 21.30 Gneisenaustr.2a
"fancy night" between Springtime - Live on stage:
Different Style feat.
Juney
Jay dee/Lil e/Dane
MCE Locke
Samanta/Grein/Mark
DJ Eric & DJ Locke

Hurraaa, eine neue Lokalitat hat ihre Pforten geöffnet!! Wir heißen die **Pfarr 104** auf das allerherzlichste Willkommen im Kreis lustiger Ortlichkeiten! Der neue Geheimtip in Lichtenberg offeriert nicht nur Getränke zu unkommerziellsten Preisen, sondern umsorgt alle Leckermäulchen auch noch jeden Mittwoch mit kulinarischen Köstlichkeiten!

PFARR 104
SQUAT
S NÖLDNERPLATZ
S RUMMELSBURG
TRAM 21
BUS 240 KARLSHORSTERSTR/ MARKTSTR.







Fr 6.

- InnenStadtAktionen:
  Alexanderplatz: **Food Not Bombs**, Vokü für Obdachlose und alle anderen, 14°°
  U-Bhf. Frankf. Tor: **Bonzenparade - eure Armut kotzt uns an**, 17³°
- Rigaer 84, ab 22°° im Hof: **Indische Nacht** mit Vokü, Film u. Musika, Verkleidung wär lustig, Hunde mitbringen nicht
- FrauenLesben-Kino im Größenwahn: **Tanten, Tunten & kesse Väter**, Regie: Maria Schmidt nur ♀en!, 21°°
- Vortrag im El Locco über den Anarchisten **Pierre-Joseph Proudhon**, 20°°
- Veranst. der VVN: **Gemeinsamer Kampf - gestern und heute**, mit Gästen aus der französischen Résistance, Galerie Olga Benario, 19°°

Hurra, noch mehr Obdachlose

- Vom 31.5. bis 8.6. ist die **Häuseraktionswoche** in Berlin. Bereitet viele phantasiereiche Sachen vor! Anlaufstelle ist das BesetzerInnen- Café montags 17°° - 21°° inner Köpi.

Do, 5.6.: • **11.00** großes Fruhstuck in der Brunnenstr 183 (Hinterhof) • tagsuber große Schnitzeljagd • punktlich **20.00** Überraschung am Endpunkt der Jagd (vor der Köpi) • **21.00** Voku in der Köpi + Kino „N.Y Lower East Side" + „Strategie der Schnecke", danach Spielabend • **Fr. 6.6.:** • **11.00** Fruhstuck in der Niederbarnimstr 23, außerdem Veranstaltung zu Baum- und Huttendorfern + Voku • **22.00** Konzert in der Köpi • **Sa, 7.6.:** • **11.00** Fruhstuck in deScharnweberstr 28 • **13.00** DEMO • **17.00** Hoffest in der Brunnenstr 7-8 mit Bands, Filmen, Veranstaltung (Diskussion) • **So, 8.6.:** • **11.00** Fruhstuck in der Köpi • **16.00** Kaffe und Kuchen in der Jessenerstr

Niederbarnimstraße 23 (Hinterhaus und Seitenflügel) geräumt

Sa 7.

- BesetzerInnen-Woche: **Demo durch Friedelhain**, Travepark, 13°°
- Film im Größenwahn: **Die Hexe und der Zauberer**, 17°°
- Potse u. Drugstore präsentieren die große **Plaki-Party gegen den Hauptstadtwahn** (Prämierung der besten Anti-Hauptstadt-Plakate, die in A3 oder A4 auch vorher dort oder in der Rigaer 84 abgegeben werden können) Musikalische Untermalung: **Raggatakke + Getränke Höffe**
- **Veranst. zum Papstbesuch** in Polen mit poln. ReferentInnen u. Dias, HU-Hauptgeb., 16°°

So 8.

- Größenwahn: Premiere des Dokumentarfilmes **„Frauengefängnis Barnimstr."**, Zeitzeuginnen berichten über ihre Haft 1933-45, 20°°
- 9. - 15. Ausstellung: **Die Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien,** Ort u. Zeiten erfragen unter 83909110 oder beim AStA

Do 5.

- BesetzerInnen-Kino in der Köpi: **Paßt bloß auf, N.Y. Lower East Side** und **Strategie der Schnecke**, 21°°
- Kino im Baobab: **Alamo Bay** (USA '85) 20.15
- Vortrag im El Locco: **El Salvador nach den Wahlen**, mit Gästen aus El Salvador, Veranstalter: FIAN, 20°°

Di 10.

- Kino im Syndikat: **Strange Days** (Sylvester 1999 in LA...) 19°°
- Größenwahn: **Veranst. zum Papstbesuch** in Polen, mit poln. ReferentInnen u. Dias, 20°°

Do 12.

- Köpi-Kino: **Do The Right Thing** und **Tee im Harem des Archimedes**, 21°°
- Filme zum kath. Fundamentalismus: **Das Geheimnis der Grabesritter + Zum Fatima Mythos**, 20°°, Größenwahn

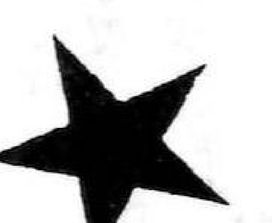
Fr 13.

- Vortrag im El Locco: **Louise Michel und die Frauen der Pariser Kommune**, 20°°
- 13. - 15. Juni: BAKJ - **Sommerkongreß zu Sozialstaat und Recht** in der HU, 19 versch.

"Es ist so, daß dort, wo Müll ist, Ratten sind, und daß dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muß in der Stadt beseitigt werden."" (Klaus Landowsky, März/April 1997) GÄBE ES EINEN GOTT, DANN WÜRDE ER SEINEN ARSCH AUS DEM HIMMEL STRECKEN, UM DAS REGIERUNGSVIERTEL ZUZUSCHEISSEN. SCHMEISST MÜLL AUF DIE STRASSE. SEID SUBVERSIV. LASST EUCH NIX GEFALLEN!!!

Der **Streßfaktor** ist der Terminkalender des Schmuddelberlins, des Berlins der Lust & Laune, des Lebens & der Rebellion. Die monatliche Auflage liegt bei 2000, gratis an ca. 60 einschlägigen Örtlichkeiten ausliegend. **Abgabeschluß** für alle möglichen linxradikalen, unkommerziellen Termine und eventuell Texte ist **jeweils der 25.** des Vormonats. Rein ehrenamtliche Veranstaltungsorte sollten für Veröffentlichungen monatlich 10,- Maak berappen, alle anderen 40,-. Politdates und 1 x iges sind umsonst. Auf mit fantasiereicher Gegenkultur gegen Hauptstadtwahn und Ausgrenzung!

Streßfaktor c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin-Friedelhain

Soldaten sind Mörder: Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941-44

Am 6. April 1941 begann mit der Bombardierung Belgrads die Zerschlagung Jugoslawiens. Bei der Zerstörung der völlig ungeschützten Stadt starben mehr Menschen als bei den vorangegangenen Bombardierungen von Warschau, Coventry und Rotterdam zusammen. Im Frühjahr 1942 wurde Serbien für „judenfrei“ erklärt, Dieser Massenmord geschah unter aktiver Beteiligung der Wehrmacht. Bis zur (Selbst-)Befreiung Jugoslawiens 1944 hatte die Bevölkerung unter der Besatzung der Wehrmacht zu leiden.

Die Ausstellung

Die Ausstellung „Soldaten sind Mörder - Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941-44“ wurde von der Redaktion des Jugoslawien-Bulletins und der Bunten-Hilfe Heidelberg realisiert, und erstmals 1996 in Heidelberg gezeigt. Ausgestellt werden die von den Deutschen selbst aufgenommen Fotos von Hinrichtungsszenen und Plakate, auf denen derartige „Sühnemaßnahmen“ zur Abschreckung bekannt gemacht wurden, sowie Faksimile-Artikel des „Völkischen Beobachters“ aus den Tagen des Überfalls auf Jugoslawien, interne Dienstvorschriften, Berichte über durchgeführte „Bandenbekämpfungen“ und Fotos von Konzentrationslagern und Hinrichtungsstätten in Belgrad.

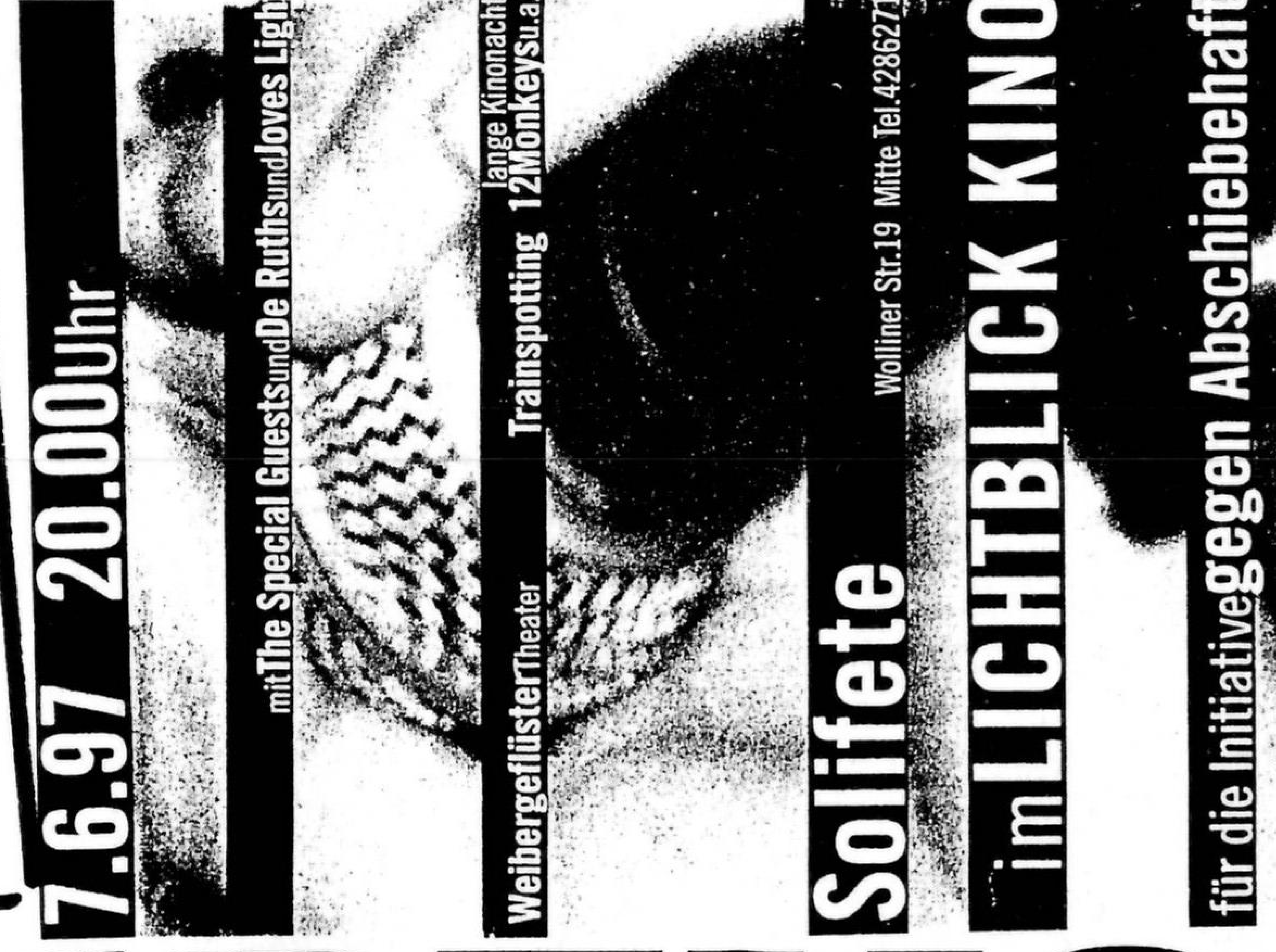
9. - 15. Juni 1997
FU Berlin
Genauen Ort und Zeiten bitte beim AStA der FU erfragen.
Tel.: 839-0910

Anläßlich des Papstbesuches in Polen:

Katholischer Fundamentalismus
Von der politischen Macht eines christlichen Glaubensbekenntnisses

Informations- und Diskussionsveranstaltung
am: **Samstag, den 7.6.1997**
um: **16 Uhr**
in: **Humboldt-Uni**, Hauptgebäude, Unter den Linden 6

Veranstalter: Babylonia e.V., Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA), Menschen aus dem Unabhängigen Plenum (UAP), JungdemokratINNen/Junge Linke (JD/JL)



DEMO

Kom 17 juni '97

14:00 uur naar de **Dam**

AMSTERDAM

Tegen een verenigd Kapitalistisch Europa voor de multinationals

★ Fight the power ★

EUROTOP

Größenwahn

-Veranstaltungsetage-

PROGRAMM

Freitag, 6.6.97

FrauenLesbenVideoKino „Out in Friedrichshain“

21.00 Uhr: *„Tanten, Tunten, kesse Väter-Travestie im Spielfilm“*
Berlin '95, 70 min
Regie: Maria Schmidt
Zum 100sten Geburtstag des Kinos. Ein vergnuglicher Rund-, Durch- und Uberblick zur Filmgeschichte der Travestie. Mit 250 Szenen aus 69 Spielfilmen: Frauen, Männer, Lesben, Schwule, Heteras uns Heteros... mit Greta Garbo, Marlene Dietrich u.a.
Eintrittsspende bis 4 mark, wovon ein Teil an Frauen/Lesbenprojekte gespendet wird

Samstag, 7.6.97

CAFÉ GRÖßENWAHN

15.30 - 20 Uhr: Kaffee und Kuchen

17.00 Uhr Film: *„Die Hexe und der Zauberer“*
Walt Disnex Zeichentrickfilm aus dem finsteren Mittelalter. Der Kuchenjunge Arthur wird von seinem Ziehvater und dessen Sohn geknechtet. Doch dann lernt er den geheimnisvollen zauberer Merlin kennen
Eintritt frei

Sonntag, 8.6.97
20.oo Uhr

Video: „Frauenknast Barnimstraße“
mit Anwesenheit der Regisseurin
Claudia von Gelieu

Dienstag, 10.6.97
20.00 Uhr

Katholischer Fundamentalismus
-von der politischen Macht eines christlichen Glaubensbekenntnisses
anlässlich des Papstbesuches in Wroclaw (Polen)
Infoveranstaltung mit Diavortrag, Büchertisch und polnischen ReferentInnen

Donnerstag, 12.6.97

Kritische Filme zur katholischen Kirche und ihrem Machteinfluß

1.Film: *Das Geheimnis der Grabesritter*
2.Film: *Film zum katholischen Fatima-Mythos*

Freitag, 13.6.97

KINO IM GRÖßENWAHN

20.00 Uhr:“und plötzlich sahen wir den Himmel...“ „y de repente vimos el cielo...“
Die Idee für den Film entstand 1992 aus dem Wunsch, widerständische Frauen in verschiedenen Ländern aufzuspüren und von ihren kleinen und großen Kämpfen zu erzählen, die in der Geschichtsschreibung entweder unterschlagen oder mystifiziert werden
Eintrittsspende: 4 mark

El Locco

Do. 05.06. Vortrag	**El Salvador nach den Wahlen** Ein Abend mit Gästen aus El Salvador, Veranstalter: FIAN	20.00 Uhr
Fr. 06.06. Vortrag	**Pierre-Joseph Proudhon** Pierre-Joseph Proudhon, die Person die sich als erster als Anarchist bezeichnete, ist im deutschen Sprachraum weitgehend in Vergessenheit geraten.	20.00 Uhr
Mi. 11.06. Vortrag	Die Gewerkschaft **Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie** stellt sich vor.	20.00 Uhr
Do. 12.06. Video	**Internationale Brigaden** In diesem Film wird zum ersten Mal auch die Rolle der anarchistischen Bewegungen im spanischen Bürgerkrieg dargestellt.	20.00 Uhr
Fr. 13.06. Vortrag	**Louise Michel und die Frauen der Pariser Kommune** Info- und Diskussionsveranstaltung	20.00 Uhr

LIBERIAMO GLI ANNI '70

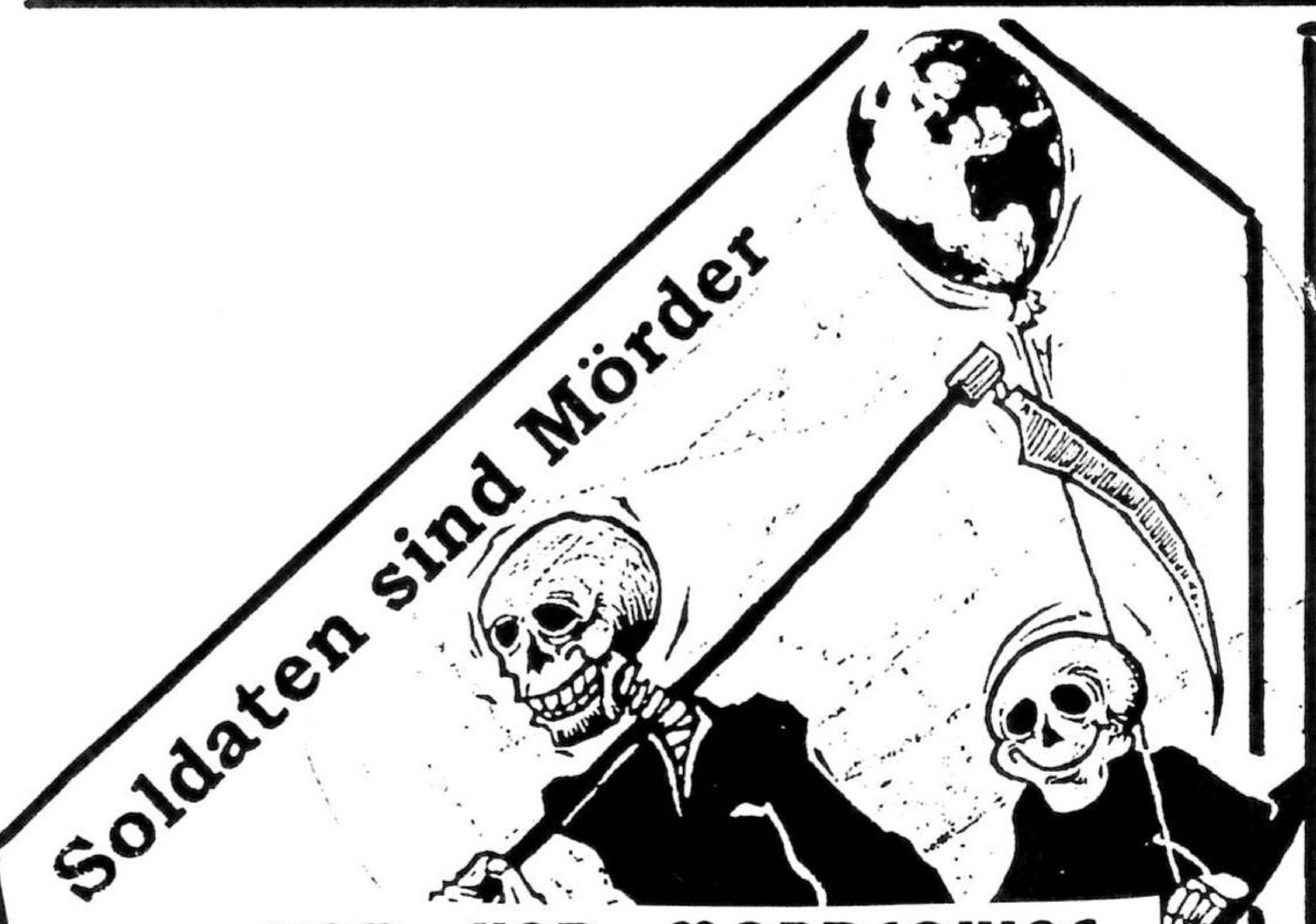


„Die Geschichte von 77 ist kompliziert. Alle, die nicht zur Bewegung gehörten, fragten sich: Welche politische Linie haben sie, wo ist sie, worin besteht sie? Also meiner Meinung nach hatte die Bewegung keine politische Linie in dem Sinn, daß sie mit den Schemata der traditionellen Politik zu erfassen wäre. Im politischen Verständnis der Bewegung war über den Feminismus zu diskutieren, die Arbeiter, die ökonomische Krise, die Ökologie, die maximalen und minimalen Systeme alles eins. In dieser kochenden Situation hatte alles die gleiche Bedeutung. Man hatte das Gefühl, daß man alles ändern konnte, daß alles sich veränderte und daß nichts von Kritik und Diskussion verschont bleiben durfte."

Diskussionsveranstaltung mit Primo Moroni

'77er Bewegung in Italien - Nachwirkungen
Mystifizierungen in den bürgerlichen Medien
autonome Geschichtsschreibung
Amnestie-Debatte

Freitag, 13. Juni, 19.30 Uhr
Ort: Babylonia, Cuvrystr. 23, 2. Hof, Aufgang A
Veranstalter: Bildungswerk. Koordination: A. Negri (Babylonia)

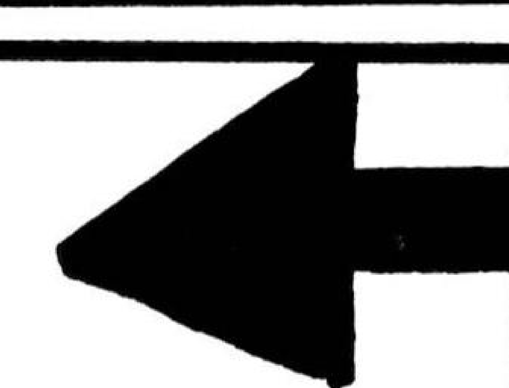


TOD UND MORDSCHLAG

FR.06.06. BOLTENHAGEN / WAGENBURG
SA.07.06. CELLE / BUNTES HAUS
SO.08.06. BERLIN / FIPS-GELÄNDE
MO.09.06 BERLIN / HEINRICHPLATZ
DI.10.06. POTSDAM / DORTU (angefragt)
DO.12.06. GÖTTINGEN / YUZI
FR.13.06. OBERHAUSEN / DRUCKLUFT
SA.14.06. BONN / BAZOOKA
SO.15.06. LÜDENSCHEID / ARB. U. JUGENDZENTRUM
MI.18.06. KIEL / ALTE MEIEREI
DO.19.06. HILDESHEIM / KULTURFABRIK
FR.20.06. HALLE / HAUS IN DER LUDWIGSTR.
SA.21.06. GLAUCHAU / CAFE TAKTLOS
FR.04.07. YENA / OPEN AIR
SA.05.07. BERLIN / LICHTSEEKINO
FR.18.07. COTTBUS / CHECKOV
SA.19.07. WEIMAR / BUCHENWALD CAMP
SA.16.08 BERLIN / YESSENERSTRASSENFEST
FR.23.08. HAMBURG / ZELTTHEATER
SA.24.08. WUPPERTAL / WUPPSTOCK FESTIVAL
DO.18.09. BERLIN / TWH LINIE 1 (angefragt)
FR.19.09. BERLIN MARZAHN / YUGENDCLUB KLINKE

T.U.M.U L T SOMMER 1997

ADRESSEN & STÄNDIGE TERMINE



Antifa-Archiv, Falckenstein 46, Tel. 6116249	Do. 17-20°°
Anti-Atom-Plenum, Ökodorf, Kurfürsten 14, Tel.: 2616252	Di 19.30 Treffen
Anti-Kriegs-Museum, Müller 158	taglich 16°°-20°°
Antirassistische Kundgebung	Freitags 16°° Breitscheidplatz
Archiv, Leipziger 60, Potsdam	Tagl. Kneipe und Cafe ab 20°°
Autofocus, Eisenbahn 4, T.6188002	Mo-Fr 16-18°° Videoarchiv
Babylonia, Cuvry 20-23, T.: 6116089	selbstverwaltetes Zentrum zum Sprachenlernen (10 verschiedene Sprachen)
cinema omayra / internat. Jugend-,Kultur- & Bildungszentrum, Engeldamm 68	Di 19.30 Politfilme, ab und zu Veranstaltungen
Eisenbahner, Pfarr 88	ab 21°°: Di. Deathmetal, Mi. Tanznacht, Do. Punk,
El Locco, Kreuzberg 43 Tel. 7859973	Di-Sa 17°°-24°°, So 15°°-22°°Kneipe, Fr. 18-20 u. So. 16-19°°: Anarchobucherei
EX, Gneisenau 2a	jeden 3. Sa.: Ex- Disko, Mo-Do ab 12°°, Fr+Sa ab 20°°, So ab 19°° Cafe
Großenwahn, Kinzig 9 SF, Tel. für Frauentermine: 2947688	Sa 15.30-20 °°: Kaffe u. Kuchen, 17 °° Film
Infoladen:	
A-Laden, Rathenower 22, Tel 3946167	Mo-Fr 17°°-20°°,Mo17°°Revolutionarer Funke, 19°°offene Lern AG, Di 19°°FAU & FVaBBB, BI Freie Heide, Seminar zum 2. Juni, Fr 18°° Food Coop
Bandito Rosso, Lottum 10a	Do 19°°-23°°, Fr 20°°-?
Daneben, Liebig 34	Mo. Frauentag 18-22 °°, Di.-Do. 14-19 °°, Fr 11°°-19°°
Lunte Weise 53	Do 19.30 h: Voku und Film
M 99, Manteuffel 96	Mo.-Fr. 10-19 °°, Sa. 14-19 °°
Nachladen, Waldemar 23	
Omega, Sparr 21, T.45482207	Mo. (MieterInnenninfo), Mi. (Offenes Mailbox-Treffen), Do. Frauentag, Fr. (WNZ-Redaktionssitzung) , je 17-20°°
Baobab, Cristburger 3	Mo-Fr ab 18°° Infokneipe
Schwarze Risse, Gneisenau 2a	Buchladen
Kampagne gegen Wehrpflicht, Oranien 25, Tel.: 61500531 / 30	Einfuhrung: Di. 17.30, Fragen: Fr. 17.30, Doppelstaaterberatung: Di. 16-18°°
Kastanie, Kastanienallee 85 HH	Veranstaltungen u. Konzerte, Buchladen im Vorderhaus
Kopi, Köpenicker 137	Mo.-Do. ab 21°°: Punk Kneipe, Mo. 18-21: BesetzerInnen-Cafe, Di. 20 °°: Voku, Do. 21 °°: Kino, So.: 12 °°: Fruhstuck
KOB Potsdamer 158 Tel 2152060	So 20°° Voku, sonst ab 21°° Kneipe u. Veranst.
Krahenfuß, Unter den Linden 6, Tel.,20932603/14 Ostflugel des Hauptgebaudes	Studentische Begegnungsstatte Mo-Fr 10°°-18°°
Ly 60, Lychner 60	Veranstaltungen sind meist vom „Dada Thomyziel e. V.."
NB - Voku, Niederbarnim 23	Mo., Mi., Fr. 18-21 °° Voku
Papiertiger, Cuvry 25 , Tel 6183051	Archiv & Bibliothek. Mo. u. Do. 14.30-18°°
Pfarr 104 Squat, Pfarr 104	jeden Tach außer Mo. Kneipe, Mi. Voku
Potze/Drugstore Potsdamer 181	Di Punk-Keipe, Mi Cafe Confus
Rigaer 84, Rigaer 84 SF	jeden Tach Kneipe, Veranst. s. Programm
Rote Insel Mannstein 10	Mo & jeden 2. Mi 19°° Voku
Schreiner Cafe, Schreiner 47	Mo. - Do. ab 20°°: Kneipe
Schwarzbild, Waldemar 29, Tel 6144364	Videoarchiv/-verleih Do 16.30 - 19.30
S.E.K., Scharnweber 28	Kneipe taglich außer Mi. ab 20°°
Subversiv, Brunnen 7 HH	Do.: H-Bar
Syndikat Weise 56, T: 6216774, U - Boddinstr	Kneipe taglich ab 20°°, Di 19°° Film (umsonst), Sa. 15°° Fußball gucken und dann Kneipe
Supamolly, Jessner 41	Di. 20-2 °°: Filmnacht, So. 16-20 °°: Kaffee u. Kuchen, Di.-Sa ab 20°° Kneipe, Mo zu
Thommy-W-Haus, Wilhelm 9, T 2518539	Mo.-Do. 10-16°° Fruhstuck, 19-22°° Kiezkuche, Do. 20°° Kino & Konzert (gratis)
Umweltbibliothek Schliemann 23	Mo, Di ,Mi ab 20°°Kneipe, Fr Frauentag, Archiv Di ab 20°°, Mi&Do 13°°-16°°Sa12°° Fruhstuck, Mo 18-20°°Kdv Beratung, Do ab 21°° Anti-Sekten-Beratung
Villa Felix Schreiner 47	Mi. Voku
XB-Liebig, Liebig 34	Mo Frauentag, Mi-So 20°° Kneipe, Do.,Sa.: Voku, Fr 11°°: Fruhstuck
Zielona Gora Grünberger 73 Tel: 2922471	Di.: 16-18°° Sozialberatung; Mi 16-18°° Wehrdienst-/Totalverweigerungsberatung; Do.: ab 19°° Filme/ Veranstaltungen; So.: ab 14.30: Fruhstuck u. Kaffee



Dienstagmittag

Montagmittag